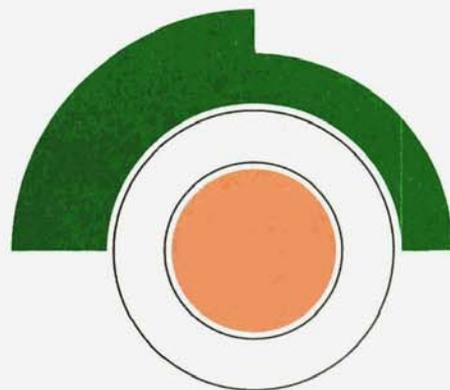


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 22



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 24. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 21. 12. 1993

WORT UND WIDERWORT

Kann Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz bis 1996 aufrecht erhalten werden?

Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz könne nur stufenweise erfüllt werden. Wegen erheblicher demographischer Veränderungen werde trotz des Ausbauprogrammes für 125 000 Kindergartenplätze in dieser Legislaturperiode selbst bei dieser gewaltigen Kraftanstrengung des Landes und der Kommunen die landesweite Erfüllung des Rechtsanspruchs zum 1. Januar 1996 nicht möglich sein. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Heinz Hilgers**. Der CDU-Abgeordnete **Antonius Rösenberg** betont, um den Rechtsanspruch nicht auf den „Sankt-Nimmerleins-Tag“ zu verschieben, setzten sich CDU und SPD im Landtag nun gemeinsam dafür ein, daß der Rechtsanspruch gestaffelt nach Jahrgängen eingeführt werde. Konkret heiße das: Ab 1996 solle der Rechtsanspruch für alle Fünfjährigen, ab 1998 für alle Vierjährigen und ab dem Jahr 2000 für alle Dreijährigen gelten. Die F.D.P.-Abgeordnete **Ruth Witteler-Koch** bekräftigt, der durch Bundesgesetz mit Zustimmung der Länder im Bundesrat festgelegte Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zum 1. Januar 1996 müsse für Kommunen und Land eine feste Zielsetzung bleiben. Sie befürchte allerdings, daß es in der Umsetzung zu vielfältigen Abstrichen oder zeitlichen Streckungen werde kommen müssen. Man müsse auf allen Ebenen nach Lösungen suchen. Die Grünen-Abgeordnete **Beate Scheffler** ist sich ganz sicher, wären die Väter für die Betreuung der kleinen Kinder verantwortlich, müßten sie ihr Engagement im Berufsleben reduzieren oder gar von der Sozialhilfe leben, weil sie für ihr Kind keinen Betreuungsplatz hätten: Wir bräuchten gar keinen Rechtsanspruch, weil das bedarfsgerechte Angebot längst vorhanden wäre. (Seite 2)

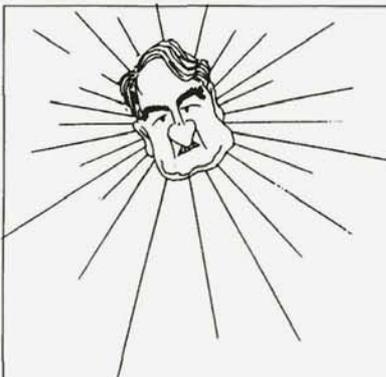
SPD hält an Regierungspräsidenten fest

Erste Marke zur Regionalverwaltung

Die Überlegungen zum neuen Aufbau der Landesverwaltung haben einen ersten Schritt getan: Der Landtag hat Mitte Dezember einen entsprechenden SPD-Antrag (Drs. 11/6060) beraten und angenommen.

Für die F.D.P. stimmte deren Fraktionschef Dr. Achim Rohde dem Antrag zu und merkte positiv an, daß die SPD noch die Einbeziehung des Aufgabenbestands der Landschaftsverbände und des KVR vollzogen habe. Heinz Paus (CDU) signalisierte Ablehnung: Der Antrag beschränke sich auf die Mittelinstanz, schreibe die Institution der Regierungspräsidenten fest und lasse die Ministerialbürokratie außen vor; zur Reform der Regionalverwaltung habe die CDU andere Vorstellungen. Weder den Landschaftsverbänden noch den Regierungspräsidenten in der jetzigen Form wollten die Grünen eine Bestandsgarantie geben, erklärte Dr. Katrin Grüber (GRÜNE). Man wolle alle Institutionen der Mittelebene in Frage stellen „und dann schauen, wie man zu einer einheitlichen Mittelebene kommt“. Mit ihrem Festhalten an den Regierungspräsidenten gebe die SPD das falsche Signal. Johannes Pflug (SPD) kontierte, wenn man keine Sonderbegehörden wolle, müsse man sagen, was man

anstrebe. Darum habe seine Fraktion den Antrag gestellt und gesagt: „Wir sind für die Mittelinstanz Regierungspräsident.“ In der weiteren Beratung werde sich dann zeigen, „wieviele es davon geben wird und wie die Aufgaben aussehen werden“.



ironimus 93
Auf der Suche

Die Woche im Landtag

Haushalt

Der Landtag hat in zweiter und dritter Lesung den Haushalt 1994 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz verabschiedet. (Seiten 3 und 10)

Gewalt

Die Gewalt in der Gesellschaft nimmt zu. Doch das Fernsehen allein kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden. (Seite 6)

Anbindung

In direkter Abstimmung hat sich der Landtag zum vierten Mal für eine Schienenanbindung des Köln-Bonner Flughafens ausgesprochen. (Seite 6)

Grenzblockade

Um die Demonstrationsfreiheit ging es in der Aktuellen Stunde des Landtags zur Grenzblockade durch heimische Landwirte. (Seite 7)

Kraft-Wärme

Im Wirtschaftsausschuß wurde der Kraft-Wärme-Antrag der CDU mit Zustimmung der SPD und F.D.P. angenommen. (Seite 17)

Integration

Einem Jugendclub in Dresden ist es gelungen, rechtsradikale Jugendliche zu integrieren. In den neuen Ländern informierte sich der Jugendausschuß. (Seite 18)



Zeichnung: Ironimus (Süddeutsche Zeitung)

WORT UND WIDERWORT

Investitionen für Kinder sind die Zukunft

Von
Heinz Hilgers

Mit dem Ausbauprogramm für 125 000 Kindergartenplätze in dieser Legislaturperiode wurde bereits vor Inkrafttreten des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes eine bedarfsdeckende Versorgung von 90 Prozent bis Ende 1995 angestrebt. Wegen erheblicher demographischer Veränderungen wird selbst bei dieser gewaltigen Kraftanstrengung des Landes und der Kommunen die landesweite Erfüllung des Rechtsanspruchs zum 1. Januar 1996 nicht möglich sein.

Auch zusätzliche Personalgewinnungsmaßnahmen können den erforderlichen Bedarf an Fachkräften für die Betreuung aller drei- bis sechsjährigen Kinder ab 1996 nicht sicherstellen. Außerdem stehen die Städte und Gemeinden vor der Schwierigkeit, die Grundstücksbeschaffung für die Planung von Kindertageseinrichtungen über das Ausbauprogramm hinaus vor allem in Städten sicherzustellen. Dies gilt auch deshalb, weil nach dem geltenden Baurecht der Bau von Kindergärten bei bereits bestehenden Bebauungsplänen in reinen Wohngebieten nicht zulässig ist. Hier ist dringend eine Änderung des Bundesrechts erforderlich. Vor diesen praktischen Schwierigkeiten treten die Finanzie-

SPD: Rechtsanspruch kann nur stufenweise erfüllt werden

rungsfolgen eines weiteren Ausbaus, für den die zugesagten Leistungen des Bundes inzwischen endgültig abgelehnt worden sind, in den Hintergrund. Wir haben daher in einer Entscheidung des Landtags das Memorandum der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege vom 19. Oktober 1993 als eine realistische Grundlage zur Sicherung des Rechtsanspruchs in allen Bundesländern bezeichnet und die Landesregierung zu Verhandlungen auf dieser Grundlage aufgefordert. Damit haben wir in Nordrhein-Westfalen die Schwierigkeiten der Kommunen anerkannt, ihrer Verpflichtung aus § 24 KJHG nachzukommen. Gleichzeitig haben wir damit die Notwendigkeit betont, die derzeitigen Gruppenstärken als pädagogischen Standard zu erhalten. Ein Hinusschieben über das Jahr 2000 hinaus, wie vereinzelt aus dem kommunalen Bereich gefordert, kommt für uns nicht in Betracht. Ich möchte die Kommunen, die bereits früher über eine entsprechende Versorgung verfügen, auffordern, den Rechtsanspruch dann auch entsprechend früher zu gewähren. Andererseits sollte der Stufenplan jetzt auch von allen Beteiligten gemeinsam getragen und umgesetzt werden. Auch die stufenweise Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ist ein wichtiger bildungs- und frauenpolitischer Erfolg.

Von
Antonius Rösenberg

Die CDU hält grundsätzlich am Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz fest. Er wäre in NRW auch zum 1. Januar 1996 aufrecht zu erhalten gewesen, wenn die SPD-Landesregierung in den 80er Jahren den notwendigen Ausbau von Kindergartenplätzen nicht so sträflich vernachlässigt hätte. 1985 fehlten in Nordrhein-Westfalen 90 000 Kindergartenplätze. Diese Lücke in der Versorgung kann trotz der großen Kraftanstrengung, mit der von 1990 bis Ende 1995 125 000 neue Kindergartenplätze geschaffen werden, nicht geschlossen werden.

Heute ist klar, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz läßt sich zum 1. Januar 1996 nicht voll umsetzen. Auch wenn die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen würden (1,4 Milliarden Mark Landesanteil allein für den investiven Bereich), könnten die in Nordrhein-Westfalen zusätzlich notwendigen 135 000 Kindergartenplätze

CDU: Lücke in der Versorgung

wegen fehlender, baureifer Grundstücke gar nicht so schnell gebaut werden. Für die Betreuung der Kinder müssen außerdem zusätzlich 13 000 Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden, die sich schon heute in der Ausbildung befinden müßten. Auch das ist nicht der Fall.

Weil diese Schwierigkeiten schon länger zu erkennen waren, hat sich die CDU bei der Verabschiedung des Rechtsanspruches im Bundestag für ein Inkrafttreten zum 1. Januar 1999 ausgesprochen.

Die SPD hat endlich auch eingesehen, daß sie ihr Versprechen, zum 1. Januar 1996 einen einklagbaren Rechtsanspruch einzuführen, nicht einhalten kann.

Um den Rechtsanspruch nicht auf den „Sankt-Nimmerleins-Tag“ zu verschieben, setzen sich CDU und SPD im Landtag nun gemeinsam dafür ein, daß der Rechtsanspruch gestaffelt nach Jahrgängen eingeführt wird. Konkret heißt das: Ab 1996 soll der Rechtsanspruch für alle Fünfjährigen, ab 1998 für alle Vierjährigen und ab dem Jahr 2000 für alle Dreijährigen gelten.

Von
Ruth Wittler-Koch

Der durch Bundesgesetz mit Zustimmung der Länder im Bundesrat festgelegte Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zum 1. Januar 1996 muß für Kommunen und Land eine feste Zielsetzung bleiben. Ich befürchte allerdings, daß es in der Umsetzung zu vielfältigen Abstrichen beziehungsweise zeitlichen Streckungen wird kommen müssen. Mit mehr Flexibilität und Orientierung am Individualbedarf in den Kommunen können wir einer optimalen Versorgung allerdings näherkommen.

Wir müssen auf allen Ebenen nach Lösungen suchen: Es sind die tatsächlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen zum 1. Januar 1996 orientiert an den Vorstellungen der Mütter und Väter entsprechend der Nachfrage Betreuungsplätze anbieten können: Kinderbetreuungsangebote in öffentlichen Einrichtungen ebenso wie bei freien Trägern, Wohlfahrtsver-

F.D.P.: Auf allen Ebenen nach Lösungen suchen

bänden, Kirchen und Elterninitiativen sowie in Betriebskindergärten.

Auch das erfolgreiche Tagespflege-/Tagesmüttermodell muß mehr Beachtung finden.

Nur über diese flexible, breit gestreute Angebotspalette können die individuellen Bedarfe der Eltern und in unterschiedlich strukturierten Gemeinden gedeckt werden. Dies entspricht im übrigen auch der Intention des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Die Absenkung des Kindergärten-Luxus-Standards ist eine unbedingt notwendige Maßnahme, um vorhandene Bausubstanz besser nutzen zu können: insbesondere Vorschriften über Treppen oder sanitäre Anlagen in kindgerechter Form. Zur flexiblen Nutzung öffentlicher Einrichtungen müssen die Förderrichtlinien überarbeitet und angepaßt werden, so daß Kinderbetreuung beispielsweise auch vormittags in Häusern der Offenen Tür, Jugendheimen etc. erfolgen kann. Investitionen für unsere Kinder sind Investitionen in unsere Zukunft. Wir alle in NRW sind aufgerufen, eine ausreichende Kinderbetreuung sicherzustellen.

Von
Beate Scheffler

Vollmundig hat der Bundestag mit der Verabschiedung des neuen § 218 den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab 1995 beschlossen. Erst klammheimlich, inzwischen offen, verabschiedeten sich Bundes- und Landesregierung, CDU, CSU, F.D.P. und SPD von allen Bemühungen, diesem Versprechen auch Taten folgen zu lassen. Neueste Sprachregelung: die gestaffelte Einführung des Rechtsanspruchs soll die Lösung sein. Dafür hat sich der Landtag mit den Stimmen von SPD und CDU in einem Entschließungsantrag ausgesprochen. Zunächst sollen alle fünfjährigen Kinder einen Rechtsanspruch erhalten, später die vier- und bis zum Jahr 2000 die dreijährigen Kinder einbezogen werden. Im Klartext heißt das: Dreijährige haben, wenn alle Bemühungen und Berechnungen einmal reichen sollten, mit 13 einen Rechtsanspruch auf einen Platz im Kindergarten.

Natürlich will ich nicht so tun, als sei es ein leichtes, den Rechtsan-

GRÜNE: Mit 13 einen Rechtsanspruch

spruch auf einen Kindergartenplatz auch wirklich umzusetzen. Rund eine Million Kindergartenplätze fehlen schließlich in der Bundesrepublik. Und deren Bau und Einrichtung kosten rund 21 Milliarden.

Das Ausbauprogramm in NRW bewirkt gerade einmal den Erhalt des Status quo. Wir brauchen zusätzliche Plätze ohne eine Verschlechterung des pädagogischen Angebots und ohne Erhöhung der Gruppenstärke. Kindergärten gehören zum Elementarbereich des Bildungssystems und dürfen nicht zu Verwahranstalten verkommen.

Die Grünen haben eine weitere Aufstockung der Mittel für den Bau von Kindergärten beantragt. Bereits 1990 haben wir beantragt, für NRW Vorsorge zu treffen, daß Ende 1995 für jedes Kind ein Platz zur Verfügung steht. Ich bin ganz sicher: Wären die Väter für die Betreuung der kleinen Kinder verantwortlich, müßten sie ihr Engagement im Berufsleben reduzieren oder gar von Sozialhilfe leben, weil sie für ihr Kind keinen Betreuungsplatz hätten: Wir bräuchten gar keinen Rechtsanspruch, weil das bedarfsgerechte Angebot längst vorhanden wäre.

Dritte Lesung im Zeichen der wirtschaftlichen und sozialen Krise

Politik in NRW muß Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit beim Bürger zurückgewinnen

Der Landtag hat am vergangenen Mittwoch, 15. Dezember, mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion den Landeshaushalt für 1994 verabschiedet. Die Oppositionsfractionen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN lehnten den Etat in dritter Lesung ab, der 82,8 Milliarden Mark umfaßt. Ohne Berücksichtigung der Aufwendungen für die Deutsche Einheit steigen die Ausgaben damit um 2,8 Prozent gegenüber 1993. Bei der Generaldebatte warf der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen dem nordrhein-westfälischen Regierungschef Johannes Rau (SPD) politische Führungsschwäche vor. Das Kabinett zerredete die Probleme des Landes, statt sie zu lösen. SPD-Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann hielt dagegen: „Was meinen Sie wohl, was ich mich hier schön über den Zustand der derzeitigen Regierungskoalition in Bonn auslassen könnte!“ Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde warf der Landesregierung vor, „immer zuviel Vergangenheit im Auge“ zu haben. Nach Angaben des Parlamentarischen Geschäftsführers der Grünen, Dr. Michael Vesper, könnte NRW durch Öko-Abgaben auf Landesebene eine Milliarde Mark jährlich einnehmen. Ministerpräsident Johannes Rau bezeichnete die Oppositionskritik an seiner angeblichen Führungsschwäche als „reine Karikatur der Wirklichkeit“.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, vermißte klare Vorgaben in schwierigen Zeiten und sah Führungsschwäche bei der Regierung Rau. Probleme würden nur zerredet und nicht gelöst. In allen Ressorts regiere der Genosse Kuddelmuddel, zitierte er ein Wochenmagazin. Das Sozialministerium habe die Elternbeiträge für Kindergärten falsch kalkuliert. Teure Broschüren fänden kein Interesse. Rau stelle Entscheidungsschwäche und Wegtauchen als Dialogtugend dar. Politik sei ein Gestaltungs-, kein Abwarteprinzip. Von der SPD-NRW gingen entscheidende Denkanstöße weder zur Pflegeversicherung noch zu neuen Arbeitsmodellen, zur Wirtschaftsförderung, zur Bildungsreform, zur Kommunalverfassung oder in der Energiedebatte aus. Bei der Direktwahl von Bürgermeistern müsse sie zum Jagen getragen werden. Daß NRW im Bundesrat die Pflegeversicherung, ein Jahrhundertwerk, an ein oder zwei Feiertagen zum Ausgleich scheitern lassen werde, könne er nicht glauben. „Lassen Sie das soziale Gewissen über parteipolitisches Kalkül siegen“, forderte Linssen Rau auf. Die ältere SPD-Generation sei gewohnt, das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen auszugeben. Das Kabinett der „Partei der kleinen Leute“ sei zum Verzicht auf eine Diätenerhöhung nicht bereit. Ende 1994 werde NRW mit 123 Milliarden Mark verschuldet sein. Angesichts von 740 000 Arbeitslosen solle die SPD von ihrer Technikfeindlichkeit abgehen. Wer Kernkraft und Gentechnologie als Teufelswerk ablehne und Chemie als potentielle



Aufforderung zum Pragmatismus in der Zeit schwerer Rezession: v.l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Dr. Michael Vesper (GRÜNE) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).
Fotos: Schüler

Umweltzerstörer betrachte, dürfe sich über Standortverluste nicht wundern. Ganze Forschungsabteilungen seien von NRW-Firmen ins Ausland verlagert worden. Rau sehe tatenlos zu, wie die SPD ihren Ausstieg aus der Kernenergie erneuere, während Staatsminister Clement auf Bundesebene über einen Energiemix verhandele. Zum Aufbruch gehöre auch eine moderne Landesverwaltung. Ein volles Jahrzehnt habe die Landesregierung bei der elektronischen Datenverarbeitung verschlafen. Ohne moderne Technik bei Justiz und Polizei könne die Sicherheit nicht wiederhergestellt werden. Wer Kriminelle unbehelligt lasse und Ausländerkriminalität in Abrede stelle, dürfe sich nicht wundern, wenn NRW zum Eldorado der Verbrecher werde. Schon jetzt gelte das Ruhrgebiet als Rückzugs- und Aktionsraum der organisierten Kriminalität. Mit der CDU werde es keine italienischen Verhältnisse und kein Zurückweichen vor der Gewalt in NRW geben. Rau habe sich innerlich längst von der Landespolitik verabschiedet und befinde sich im Wartestand auf das Bundespräsidentenamt. Die CDU halte ihn nicht für den geeigneteren Kandidaten. Einer Partei, die bei der Deutschen Einheit so danebenbelegen habe, wie die SPD, spreche die CDU den moralischen Anspruch ab, den ersten gesamtdeutschen Bundespräsidenten zu stellen.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionsvorsitzender, erklärte, Politiker über alle Parteigrenzen hinweg müßten zugeben, daß das politische Management in der letzten Zeit in vielen Bereichen mißlungen sei, daß mehr Politiker als zuträglich persönlich versagt hätten, und daß die parteipolitisch orientierten Argumentationsmuster für die Bewältigung der meisten aktuellen Herausforderungen untauglich geworden seien.

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, als Herausgeberin sowie die Redaktion wünschen allen Leserinnen und Lesern von „Landtag intern“ ein friedvolles Weihnachtsfest sowie ein glückliches Jahr 1994.

den seien. Dies gelte auf Landesebene genau wie auf Bundesebene. „Daraus müssen wir Schlüsse ziehen“, sagte Farthmann. Für die meisten demokratischen Kräfte stelle sich doch die dringliche Frage, „wie wir unsere politische Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit beim Bürger zurückgewinnen können“. Das sei die entscheidende Frage, „die uns am Ende dieses Jahres alle miteinander berühren müßte“. Dabei sei der Befund relativ einfach: Deutschland befinde sich in einer tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Krise. In Westdeutschland herrsche die schwerste Rezession der Nachkriegszeit, in Ostdeutschland sei ein sich tragender Aufschwung nicht in Sicht. Die Außenwirtschaftsbilanz sei seit 1991 negativ. Es gebe überhaupt keinen Grund mehr, stolz auf die Stabilität der D-Mark zu sein. In Westdeutschland habe die Rezession erhebliche strukturelle Schwächen offengelegt. Bei vielen Zukunftstechnologien habe die deutsche Wirtschaft den Anschluß an die Weltspitze verloren. Eine weitere Tatsache sei, daß die Staatsfinanzen außer Kontrolle geraten seien. „Wir müssen endlich die längst fälligen Konsequenzen daraus ziehen, daß der weltweite Umbruch der letzten Jahre unser parteipolitisches Koordinatensystem weitgehend unbrauchbar gemacht hat“, sagte der Fraktionsvorsitzende. Der Bürger sei häufig gar nicht mehr in der Lage, die parteipolitischen Winkelzüge zu durchschauen. Farthmann schlug einige konkrete Handlungsmaßnahmen vor. So müsse der dramatische Anstieg der Staatsverschuldung gebremst werden. Energische Konsolidierungsmaßnahmen seien zu ergreifen. Er stellte die Frage: „Warum lassen wir nicht sofort den erst ab 1. Januar 1995 vorgesehenen Solidaritätszuschlag wirksam werden?“ Es sei eine Absurdität gewesen, die Erhebung des Solidaritätszuschlags zu unterbrechen. Ferner sollten gezielt und zeitlich befristet die steuerlichen Fördermaßnahmen für Zukunftsinvestitionen verbessert werden. Wirtschaft und Staat müßten den Ehrgeiz haben, die modernsten und besten Forschungs- und Bildungseinrichtungen vorzuzulassen. Vorrangig sollten die Technologien des 21. Jahrhunderts gefördert werden. Um die Wohnungsnot zu be-

kämpfen, müsse der Wohnungsbau nachhaltig verstärkt werden. Ferner müsse natürlich auch die Tarifpolitik in dieser Konsolidierungsphase ihren Beitrag leisten. Als einen kritischen Punkt wertete der Politiker das Lohnabstandsprinzip. Es wäre ein entscheidender Punkt, wenn man es endlich hinkriegte, daß derjenige, der seiner Arbeit nachgehe und sein Geld hart verdiene, durch das Kindergeld in die Lage versetzt werde, den Lohnabstand gegenüber dem Sozialhilfeempfänger deutlich zu halten.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, faßte die Rede des SPD-Fraktionschefs als Angebot zur Zusammenarbeit auf, das könne in der sehr schwierigen Zeit nur nützen, die auf Deutschland zukomme. Zusammenarbeit sei notwendig, um die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu modernisieren und die Entscheidungswege zu verkürzen. Drei liberale Schlüsselworte stünden für diese Art von neuer Politik: Liberalisierung, Flexibilisierung und Privatisierung.

Auf das Amt des Bundespräsidenten und die Fehler in der Deutschlandpolitik eingehend, strich Rohde die Rolle der F.D.P. heraus: „Wenn es danach ginge, keine oder möglichst wenig Fehler gemacht zu haben, müßte die F.D.P. den nächsten Bundespräsidenten stellen.“ Aber, an den Ministerpräsidenten gewandt, fuhr er fort: „Wer sich scheut, der Wahrheit ins Auge zu sehen, hat es schwer, gute Politik für sein Land zu machen.“ So habe sich Rau geweigert, „ein paar tausend Mark“ dafür zur Verfügung zu stellen, daß die Erfassungsstelle Salzgitter wenigstens das schlimmste Unrecht in der DDR registrieren konnte.

Der „Vorstandsvorsitzende des Unternehmens NRW“ (Rau) habe in den letzten Jahren versäumt, staatliche Dienstleistungen in Umfang, Organisation und Finanzierbarkeit zu überprüfen, habe beim Personal nicht genügend gespart, sondern sei immer Vollast gefahren. Jetzt sei die Zukunft ohne einschneidende Maßnahmen nicht mehr zu bewältigen. So fehle etwa ein Sanierungsplan für die Finanzen des Landes, dessen Schuldenstand bei 112 Milliarden liege. Und es sei nicht zu erkennen, daß Vorsorge für abzusehende künftige Entwicklungen getroffen würde. Die Vorschläge der F.D.P. in dieser Sache seien in den letzten Jahren immer wieder abgeblockt worden, beklagte der Fraktionsvorsitzende und verlangte für die Zukunft, daß Prioritäten – und damit auch Nachrangigkeiten – gesetzt würden, man könne nicht weiter alles gleichmäßig handhaben. Controlling müsse her; bei jeder Kabinettsitzung müßte an der Spitze der Tagesordnung der Satz stehen: „Der Haushalt muß saniert werden.“ Die „Politik der Spenderhosen“ der SPD sei gescheitert; es dürfe nicht länger zwischen „guten“ und „bösen“ Subventionen unterschieden werden, denn Subventionen führten allemal zu Katastrophen und zur Verlangsamung des Strukturwandels.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) stilisierte unter Bezug auf die am selben Tag eröffnete Rheinuferstraße in Düsseldorf den Tunnel zum „politischen Symbol dieses Jahrhunderts“: Immer wenn große Probleme auftauchten, versuche man sie unterirdisch zu umgehen. Das gelte auch für den Haushalt 1994: Er biete keine Lösungen, sondern werde von der Illusion getragen, die Probleme untertunneln zu können. Es fehle eine klare Perspektive dafür, wie das Land vor einem langfristig verhängnisvollen ökologi-



Rheinufertunnel in Düsseldorf eröffnet

50 000 Autos, die täglich das Rheinufer entlanggefahren sind, werden in Kürze unter der Erde verschwinden. Zwei wesentliche Lebenselemente der Stadt Düsseldorf, die Altstadt und der Rhein, sind dann nicht mehr durch eine Barriere getrennt. Darauf hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe aus Anlaß der Einweihung des Rheinufertunnels in der Landeshauptstadt hingewiesen. „Stadt und Fluß kommen sich näher, wachsen zusammen“, stellte sie fest. Die Landeshauptstadt Düsseldorf sei damit dem Beispiel anderer großer Städte, etwa Köln, gefolgt. Nach Angaben der Präsidentin belief sich die Planungszeit auf zwei und die Bauzeit auf weniger als vier Jahre. Über 600 000 cbm Erde wurden bewegt, fast 250 000 cbm Beton in die Baustelle gepumpt. Die Fertigstellung des 1900 Meter langen Rheinufertunnels erfolgte termingerecht. Die Präsidentin dankte auch den Archäologen und Archäologinnen, die im Zuge der Bauarbeiten Zeugnisse der Geschichte Düsseldorfs aufgespürt hatten. Sie äußerte die Hoffnung, daß es bei der Gestaltung der Tunneloberfläche eine auch für den Landtag interessante und attraktive Lösung geben werde. Nach der Eröffnung des Tunnels gab die Landtagspräsidentin im Parlament einen Empfang für den Ältestenrat der Stadt Düsseldorf. Das Bild zeigt v.l. den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Klaus Bungert, und Ingeborg Friebe.

Foto: Schüler

schon Rückschritt und vor der sozialen Krise zu bewahren sei. Die Botschaft des Haushalts sei: „Kapitulation vor den großen Zukunftsaufgaben, Weiterwurschteln wie bisher.“ Es werde kein Kontrapunkt zu Bonn gesetzt, der Landeshaushalt gleiche sich den Konzepten der Bundesregierung vielmehr weitgehend an, er gebe kein Signal des Aufbruchs. Das Land brauche einen Ministerpräsidenten, der „voll da“ sei und sich ins landespolitische Alltagsgeschäft einmische und nicht einen, der abgetaucht sei und irgendwo den „Tunnel zur Villa Hammerschmidt“ suche.

Dabei stehe man im Land vor riesigen Herausforderungen: „Schaffen wir es, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme zu lösen, ohne die Ausgrenzung von immer mehr Menschen hinzunehmen?“ Das Problem der Massenerwerbslosigkeit, die ökologische Umsteuerung und der Abbau des Verdresses über Politik und Politiker stünden auf dem Programm. Die Reihe der Wahlkämpfe im nächsten Jahr solle nicht zu einem Schattenboxen, sondern zu einem großen Aufklärungs- und Informationsprogramm gemacht werden, in dem weniger die übliche Selbstbespiegelung als vielmehr der Austausch von Argumenten im Mittelpunkt stehe. Die wirksamsten Mittel gegen Politikverdrossenheit seien Leistung (Vesper: „Also die Bewältigung der anstehenden Probleme“) und Glaubwürdigkeit, der Verzicht auf „Tricksereien“. Die dritte Arznei seien mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen. Politikverdrossenheit beginne eben nicht nur bei den großen Skandalen und Affären, die Hauptursache

des Mißmuts liege darin, daß die Menschen von den Leistungen der Politik bitter enttäuscht seien.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) stellte richtig: Er wolle nicht in die Villa Hammerschmidt, sondern strebe nach Bellevue, und er gehe auch nicht im Tunnel dorthin. Er habe sich seine Kandidatur für das Präsidentenamt wohl überlegt, habe viel Zustimmung aus allen demokratischen Parteien erfahren und sei guten Muts, daß die „zwölfhundertsoviel mündigen Männer und Frauen“ in der Bundesversammlung zwischen den Kandidaten wählen werden – „und deren Wahl ist zu respektieren“. Rau wörtlich: „Und wenn ich nicht gewählt werde, habe ich nicht mein Lebensziel verpaßt.“ Dann komme er zurück und mache seine Arbeit hier weiter, zu der er berufen und gewählt sei.

Direkt an den CDU-Fraktionschef gewandt, sagte er: „Herr Kollege Linssen, daß mein Regierungsstil Sie ärgert, weiß ich seit neun Jahren. Daß er erfolgreich ist, erfahre ich jede Woche und jeden Monat. Daß die Menschen im Lande dies wollen, sage sie mit jeder Umfrage.“ Aber es sei Täuschung der Öffentlichkeit, ihm, Rau, zu unterstellen, er beweise mangelnden Einsatz für NRW und lege mangelnde Bereitschaft an den Tag, diese Regierung hier zu führen. Aus lauter Zorn dürfe die Grundsatzrede eines Oppositionsführers nicht zur reinen Karikatur der Wirklichkeit werden.

Was die Pflegeversicherung angehe, so habe man zum Zustandekommen einer sol-

Fortsetzung Seite 5

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE „§ 218: Spielräume nutzen!“ (Drs. 6371) wurde nach kontroverser, dennoch um Konsens bemühter Aussprache am 15. Dezember an den Ausschuß für Frauenpolitik überwiesen.

Marianne Hürten (GRÜNE) wiederholte frühere Positionen der Grünen: ersatzlose Streichung des § 218, Selbstbestimmung, unvoreingenommene Beratung, Finanzierung eines Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenkasse. Kinder hätten das Recht, erwünscht zu sein. Ein werdendes Kind könne nur mit und nicht gegen die Mutter geschützt werden. Der eigentlichen Beratung stehe für viele Frauen die ungeklärte Finanzierung im Wege. Alles spreche für die Krankenkassen. Im Bundesrat solle das Land dafür eintreten. Bei der Beratung müßten ein breites Angebot und Datenschutz sichergestellt sein. Sie dürfe kein Hürdenlauf werden. Die Strafandrohung für Angehörige und Schwängerer lehne sie ab.

Anne Garbe (SPD) unterstützte den Wunsch, das höchste deutsche Gericht mit Frauen zu besetzen, hoffentlich noch zu ihrer aktiven Zeit. Die Finanzierung von Abbrüchen durch Krankenkassen sei mit dem Urteil nicht in Einklang zu bringen. Problematisch sei es bei bedürftigen Frauen. Wer Träger der Abbruchkosten sei, solle bald geregelt werden. Die Abwicklung über die Krankenkassen mit Erstattung durch den Bund erscheine sinnvoll. Das Urteil gestehe der Frau die Letztverantwortung zu. Die Frau dürfe durch Beratung nicht unter Druck gesetzt werden. Bei den Kosten dürfe es keine zwei Klassen geben. Grundsätzlich müsse immer der Zusammenhang mit Leistungen zum präventiven Lebensschutz gesehen werden: Arbeitsrecht, Wohnungswesen, Ausbildung, Kinderbetreuung.

Regina van Dinther (CDU) hielt das Karlsruher Urteil für weise. Es nehme die Notlage der schwangeren Frau ernst und trage dem Lebensrecht des Ungeborenen Rechnung. In Bonn bemühe man sich, offene Fragen einvernehmlich zu lösen. In NRW müsse das Beratungswesen umstrukturiert werden. Mit neuen Richtlinien sei zum 1. Januar 1995 zu rechnen. Die Grünen wollten Abbruch so leicht wie möglich machen. Das könne niemals frauenfreundlich sein, denn jede schwangere Frau nehme ihren Zustand mit körperlichen und seelischen Veränderungen ernst. Frauen, die zum Abbruch genötigt würden, litten oft lebenslang. Die Finanzierung solle ohne viel Aufwand erfolgen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) wollte Spielräume nach dem Urteil bestmöglich zur „Hilfe statt Strafe“ genutzt sehen. Der Grünen-Antrag würde den Betroffenen schaden, da aus Karlsruhe wieder „So nicht!“ fol-

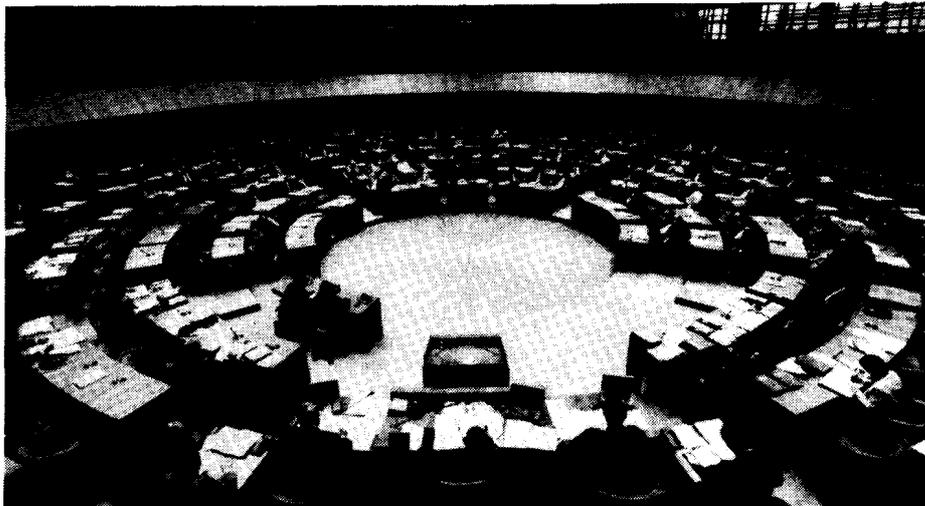
Neuregelung Schwangerschaftsberatung Bei Konflikten ohne Druck beraten und Kosten über Kassen erstatten lassen

gen würde. Eindeutig sei geurteilt worden, daß nicht mehr alle Abbrüche durch die Krankenkassen finanziert werden dürften. Das Verfahren zu verbessern, wollten alle. Die Frauen- und Rechtspolitiker der F.D.P. stünden für Ergänzungen zur Fristenregelung ein. Bei der Beratung müsse es um Schutz des Ungeborenen mit der Schwangeren und nicht gegen sie gehen. Druck und Bevormundung dürfe es nicht geben. Datenschutz in Arztpraxen als gefährdet anzusehen, störe das Vertrauensverhältnis zwischen Frauen und Ärzten. Besonders dreiste Schwarzmalerei und intellektuell unredlich sei es, im Grünen-Antrag von Kriminalisierung von Multiplikatorinnen zu reden. Strafandrohung für Nötigung aus dem sozialen Umfeld sei von Karlsruhe gewollt.

Brigitte Speth (SPD) sagte, die SPD wolle die Verhandlungen in Bonn abwarten. Nachdenklich stimme sie die Unterstellung der CDU-Rednerin, die Grünen wollten der Frau die Abtreibung so leicht wie möglich machen. Im Frauenausschuß sei es immer nur um den Schutz des ungeborenen Lebens bei Selbstbestimmung der Frau gegangen. Die SPD sei auch gegen unnötige Wege und dagegen, daß Ärzte ihren Verdienst durch

Abtreibungen erhöhten, und zwar auf brutalste Weise. Daß es jetzt vor allem um Finanzen gehe, sei nicht gewollt.

Ilse Ridder-Melchers (SPD), Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, bedauerte ebenfalls, daß die CDU auf die Grünen einschlage, auch wenn sie nicht alle Grünen-Positionen teile. Die Bonner F.D.P.-Verhandlungsführerin müsse dauernd Äußerungen zurücknehmen. Die Spielräume nach dem Urteil sollten genutzt werden, um keine unnötigen Belastungen in ohnehin schwieriger Lage entstehen zu lassen. Die Landesregierung wolle eine bundeseinheitliche Finanzierung, die bedürftigen Frauen den Gang zum Sozialamt erspare und die Abwicklung über die Krankenkassen. Illegale Abbrüche aus finanziellen Gründen dürfe es nicht geben. Bei der Anerkennung von Beratungsstellen sollten die Länder möglichst viel selbst regeln. In NRW leisteten alle Stellen gute und qualifizierte Beratung. Sie wollten keine Bevormundung und keine zu starke Kontrolle. Ein fraktionsübergreifender Beschluß wäre gut. Die Frauenministerinnen hätten ein Vorbild gegeben, auch mit dem Beschluß, das Bundesverfassungsgericht sollte paritätisch besetzt sein.



Bei der Abstimmung über den Haushalt 1994 in dritter Lesung wurde auch über den Entschließungsantrag der CDU „Entlastung der Kommunen durch die Pflegeversicherung ab 1994“ in namentlicher Abstimmung entschieden. 88 Abgeordnete stimmten für den Antrag, 129 dagegen. Drei enthielten sich der Stimme. Der Entschließungsantrag wurde somit abgelehnt. Der Entschließungsantrag der SPD und der CDU zu „Überprüfung der Förderbestimmungen der geltenden Landesprogramme“, der SPD zu „Arbeitslosen-Zentren“, der SPD zu „Krankenhauspolitik für Nordrhein-Westfalen“, und der SPD zu „Sozialverträgliche Technikgestaltung“ wurden angenommen. Ablehnung fanden die Entschließungsanträge der CDU „Stärkung der Polizei in NRW“ sowie der Grünen „Umweltabgaben für NRW“. Das Bild zeigt den Plenarsaal bei der namentlichen Abstimmung.
Foto: Schüler

Dritte Lesung...

Fortsetzung von Seite 4

chen Versicherung alles getan, die diesen Namen auch verdiene. Er hätte gern bei diesem Gemeinschaftswerk mitgeholfen, „aber etwas Pflegeversicherung zu nennen, was einseitig bezahlt wird und aus dem dann noch die Gruppen derer, bei denen es nicht nur um die Arbeitszeit geht, nämlich die Beamten, die Minister, die Staatssekretäre, die Freiberufler, herausgenommen werden — das ist nicht mehr die Pflegeversicherung, von der wir gesprochen haben“.

Was die Erfassungsstelle in Salzgitter anbe-

lange, so habe er für deren Einstellung plädiert und dabei die Zahlen auf seiner Seite: Während es im Gefolge der Arbeit der Gauck-Behörde und anderer zu mehreren tausend Verfahren gekommen sei, seien es durch Salzgitter nicht einmal zehn Fälle gewesen. Da könne ihm nicht unterstellt werden, er wolle Unrecht nicht geahndet wissen. Angesichts des Brandanschlags von Solingen (Rau: „Dieser Pfingsttag war für mich die schwerste Stunde dieses Jahres“) und in Anbetracht der kommenden Entwicklungen halte er sein Motto „Versöhnen statt Spalten“ nach wie vor „für eine ganz entscheidende Grundmelodie, die wir brauchen werden“.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, vermißte Einwände von Rau im Sinne von „Versöhnen statt Spalten“ gegen die Blockade der Pflegeversicherung. „Herrsche durch Scherze“, zitierte er aus der Presse. Die Rede von Farthmann entspreche leider nicht der Mehrheitsmeinung in der SPD-Fraktion. Mit dem Argument, die Menschen seien das Taktieren in der Politik satt, könne der Vorsitzende einer Regierungsfraktion auch Ruhe verlangen und die Opposition am Skandal-Vortrag hindern. Das schöne NRW habe nicht verdient, von der Spitze auf einen mittleren Platz heruntergebracht zu werden.

Fernsehen allein kann nicht für die zunehmende Gewalt verantwortlich gemacht werden



Annähernd 5 000 Unterschriften gegen Gewalt im Fernsehen haben zwei Lehrerinnen auf Einladung der SPD-Abgeordneten Erika Rothstein (r.) Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (M.) überbracht. Foto: Schüler

Das Fernsehen allein kann nicht für die Zunahme von Gewalt vor allem unter Jugendlichen verantwortlich gemacht werden. Zu diesem Schluß kam der Landtag bei der Debatte über den SPD-Antrag „Abbau von Gewaltdarstellungen im Fernsehen“ sowie den CDU-Antrag „Reduzierung und Bekämpfung von Gewalt im Fernsehen“ (Drs. 11/6348 und 11/4374). Dem SPD-Papier stimmten außer den Sozialdemokraten auch die Grünen sowie bei drei Enthaltungen weitgehend auch die CDU und F.D.P. zu. Der CDU-Antrag wurde abgelehnt, die Beschlußempfehlung des Hauptausschusses angenommen.

Jürgen Büsow (SPD) machte darauf aufmerksam, daß man sich bei dieser Debatte im Kernbereich von Artikel 5 des Grundgesetzes bewege, der Informations- und Meinungsfreiheit, einem Grundrecht, das allen Bürgerinnen und Bürgern zustehe. Die Fernsehveranstalter seien Grundrechtsträger. Es gehe jetzt darum, daß man nicht zu neuen Zensur- oder Vorzensurinstrumenten greife, sondern darum, „daß wir auf der einen Seite den Jugendschutz wirkungsvoll gestalten und auf der anderen Seite den Kernbereich von Artikel 5 des Grundgesetzes nicht verletzen“. Deswegen freue sich die SPD, daß es seit dem 26. November zu einer Initiative der privaten Fernsehveranstalter gekommen ist, die eine freiwillige Selbstkontrolle einführen wollten.

Ruth Hieronymi (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sagte, die CDU sehe insbesondere drei Aufgabenbereiche, in denen der Gesetzgeber gefordert sei. Der verantwortungsbewußte Umgang mit dem Fernsehen müsse unterstützt werden durch eine wirksame Medienpädagogik und auch durch den Einbau von technischen Sperrern in die Geräte. Die Programmierer müßten ihrer Selbstverantwortung und ihrer Selbstkontrolle stärker gerecht werden. Dies solle durch eine eigene Institution der Fernsehveranstalter zur Selbstkontrolle geschehen. Den zur Aufsicht berufenen Stellen müßten endlich wirksame Instrumente an die Hand gegeben werden.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) erklärte, man müsse sich sicherlich über den Gewaltbegriff im einzelnen unterhalten. Man dürfe nicht zulassen, daß Gewalt als Häme, als Amüsement dargestellt werde. Es könne jedoch nicht richtig sein, daß hier pauschal gesagt werde, daß Gewalt im Fernsehen auch Gewalt erzeuge. Da müsse der Ansatz liegen, daß man unterscheide: zum einen die objektive Berichterstattung über die Gewalt, die es in der Welt gebe, und damit auch die Botschaft an unsere Kinder für die Zukunft, daß Gewalt einfach nicht die Lösung von Konflikten sein könne und zum anderen die Unterscheidung zu dem, was in Filmen ablaufe.

Bärbel Höhn (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sagte, richtig sei, daß Gewaltszenen in den Programmen einen zu großen Rahmen einnehmen und daß die Gewaltdarstellung und Gewalthäufung in keiner Weise die tatsächlich erlebte tagtägliche Gewalt widerspiegeln. Richtig sei, daß Kinder sehr lange Zeit vor dem Fernseher verbrachten und das Fernsehen eine immer größere Rolle im Leben von jungen Menschen spiele, und richtig sei auch, daß Gewalt unter den Jugendlichen zum Teil mit außerordentlicher Härte ausgetragen werde. Es gebe viele Menschen, die dafür die zunehmende brutaler werdende Gewalt im Fernsehen verantwortlich machten.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) verwies darauf, daß man viele Probleme in der Gesellschaft habe, „und daß wir nicht im Fernsehen den neuen Sündenbock gefunden haben“. Es sei sicherlich nicht das Fernsehen, auch nicht das private Fernsehen, das allein verantwortlich sei für die überaus bedrückende Gewaltentwicklung in unserer Gesellschaft. Zum zweiten wisse man, wie schwer es sei, im Bereich der Publizistik, im Bereich des Rechts, das durch das Grundgesetz zu Recht geschützt sei, gesetzgeberisch tätig zu werden. „Lassen Sie uns da nicht zu laut werden, bevor wir nicht wissen und abgeschätzt haben, was dort möglich ist.“ Er sei jedenfalls gegen zu

Konrad-Adenauer-Airport

Landtag fordert zum vierten Mal Anbindung an die Schiene

Der Landtag hat zum vierten Mal eine Schienenanbindung des internationalen Flughafens Köln/Bonn, des Konrad-Adenauer-Flughafens, für den Fern-, Regional- und Nahverkehr gefordert. In direkter Abstimmung stimmte das Parlament einem entsprechenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. mehrheitlich zu (Drs. 11/6247). Der Antrag lautete: Keine weitere Verzögerung der Anbindung des internationalen Verkehrsflughafens Köln/Bonn an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Eisenbahnen und an das S-Bahn-Netz.

Für die SPD forderte der Abgeordnete **Karl Böse** die baldige, möglichst gleichzeitige Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für S-Bahn und Bogen für die Flughafenanbindung Köln/Bonn im Zuge der Neubaustrecke Köln-Rhein/Main. In der Finanzierungsfrage wolle man ein weiteres Zeichen setzen und schlage daher vor, daß sich das Land NRW an den Kosten des sogenannten S-Bahn-Tals, am gesamten Bogen, beteiligen solle. **Heinz-Helmich van Schewick** (CDU) unterstrich die Notwendigkeit, daß der Landtag den eingebrachten Antrag beschließe. Er veranlasse damit die Landesregierung zu einer anteiligen Finanzierung in Höhe von 40 Prozent, bezogen auf die S-Bahn-Anteilskosten des Flughafenbogens bis Bonn. Mit dieser Entscheidung wäre der gordische Knoten durchschlagen, weil nunmehr für den Bund deutlich sei, daß das Land seine eigene Verantwortung für den S-Bahn-bezogenen Teil des Flughafenbogens anerkenne. Die F.D.P.-Verkehrsexpertin **Marianne Thomann-Stahl** bekräftigte, die Verkehrspolitik hier und die Verkehrspolitik im Bund, aber auch die anderen Kollegen seien fest entschlossen, eine Schienenanbindung für den Flughafen Köln/Bonn durchzusetzen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, **Dr. Michael Vesper**, verdeutlichte die „Gegenposition“: Es würden negative Auswirkungen auf das Naturschutzgebiet Wahner Heide befürchtet. Außerdem sei man gegen eine forcierte Förderung des Luftverkehrs. Verkehrsminister **Franz-Josef Kniola** (SPD) machte klar, daß die Rechte im Planfeststellungsbereich bei der Deutschen Bahn seien. Sie selbst sei Planfeststellungsbehörde, nicht das Land oder die Stadt oder der Regierungspräsident. Er könne den Ablauf des Planfeststellungsverfahrens bei der Deutschen Bundesbahn nicht beeinflussen.

schnelle, möglicherweise zu tiefgreifende Regelungen, die allesamt in die Nähe von Vorzensur, Zensur oder ähnlichen Regelungen geraten könnten.

„Behinderung darf nicht Ziel sein bei Demonstration“

Ein energischeres Vorgehen gegen Blockaden bei Demonstrationen haben CDU und F.D.P. von der Landesregierung gefordert. Beide Fraktionen hatten eine Aktuelle Stunde beantragt, in der der Landtag am 10. Dezember über das Thema „Die Hinnahme von Grenzblockaden durch die Landesregierung als logische Folge der Duldung von Brücken- und Autobahnblockaden“ debattierte.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) legte klar, die Freien Demokraten nähmen das Demonstrationsrecht („eines der wichtigsten politischen Rechte in einer demokratischen Gesellschaft“) sehr ernst. Aber: „Gezielt herbeigeführte Beeinträchtigungen anderer sind ein Mißbrauch der grundsätzlich gewährten Demonstrationsfreiheit.“ In der Demokratie müsse es jedem, auch jeder Gruppe, unbenommen sein, für Aufmerksamkeit und Unterstützung zu werben, „es muß aber jedem anderen freigestellt sein zu entscheiden, ob er diesem Anliegen seine Aufmerksamkeit schenken will oder nicht. Er darf hierzu nicht gezwungen werden.“ In der Vergangenheit seien beim Umgang mit Blockaden viele Fehler gemacht worden. Der Justizminister solle einmal mitteilen, wieviele Verfahren wegen Nötigung eingeleitet worden seien. Oder ob es eine Weisung gebe, dies nicht zu tun?

Jürgen Jentsch (SPD) erwiderte: „Wollen Sie unseren Staat noch weiter demontieren, indem sie den Menschen auch noch das letzte große Freiheitsrecht einschränken wollen?“ Bei den Demonstranten handele es sich um Menschen, „die aus lauter Verzweiflung diesen für sie einzig gangbaren Weg gehen, um endlich von der Politik gehört zu werden“. Anstatt diese Menschen bestrafen zu wollen, sollten CDU und F.D.P. „endlich Politik für und nicht gegen das Volk machen“. Aber die wollten lieber Bauern, Stahlarbeiter oder Bergleute zu Straftäter stempeln, nur weil die politische Richtung dieser Demonstrationen nicht passe. Bonn und Brüssel sollten den Menschen das Vertrauen in die Politik wiedergeben.

Heinz Paus (CDU) stellte fest, bei aller verständlicher Angst und nachvollziehbarer Wut der Landwirte stelle sich, wer Straßen blockiere, außerhalb unserer Rechtsordnung. Der Innenminister des Landes sei dafür verantwortlich, „daß in den zurückliegenden Jahre in der Öffentlichkeit das Bild entstehen konnte, daß auch Blockadeaktionen, durch die Tausenden von Menschen mehrstündige Verkehrsstaus zugemutet werden, noch mit Recht und Gesetz im Regelfall vereinbar sein sollten“. Wenn jetzt nicht klar und deutlich die Grenzen aufgezeigt würden, „wie wollen wir dann vermeiden, daß es bei noch gravierenderen Krisen in unserer Gesellschaft zu einer Eskalation auf den Straßen unseres Staates kommen kann“?

Roland Appel (GRÜNE) warf CDU und F.D.P. vor, sie täten nur so, als ob es ihnen um den Rechtsstaat ginge. „In Wahrheit nutzen Sie jede Möglichkeit, das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit anzutasten, ja in Frage zu stellen.“ Das zeige das gestörte Verhältnis beider Parteien zum Grundrecht



Den neuen türkischen Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Ömer Altuğ (r.), hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe bei einem Antrittsbesuch im Landtag empfangen.
Foto: Schüler

auf Demonstration, befand der Sprecher und verlangte eine Änderung des Nötigungsparagrafen weg vom „vergeistigten Gewaltbegriff“.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) hielt der Opposition vor, nicht die Frage nach dem rechtmäßigen Verhalten von Bauern und Polizei hätte zum Thema der Aktuellen Stunde gemacht werden sollen, sondern die Existenzbedrohung der Landwirtschaft durch eine verfehlte EG-Agrarpolitik. Bei der Demonstration an der deutsch-holländischen Grenze hätten sich die Bauern insgesamt ordentlich verhalten; weil es sich um eine harmlose Veranstaltung gehandelt habe, nehme er der Opposition nicht ab, daß sie aus Sorge um den Rechtsstaat handele. Mit dem Wort Nötigung würden die Bauern zu Straftätern gemacht, die Polizei zu härterem Vorgehen veranlaßt und der Innenminister unter Druck gesetzt. Es gebe klare Grenzen, wer dagegen verstoße, müsse die Folgen tragen.

Heinrich Meyers (CDU) wies zurück, die CDU habe die Bauern in die Ecke der Straftäter stellen wollen; die CDU habe das Recht zur politischen Demonstration nie in Frage gestellt, das sei ein „hehres Gut“, das Bergarbeitern, Stahlarbeitern und Bauern zugestanden werde. Die Situation, in die Brüssel die Bauern treibe, sei „Schwachsinn“. Meyers: „Es ist doch klar, daß Bauern dann auf die Straße gehen. Wir haben doch gar nichts dagegen.“ Aber dann hätte die Landesregierung auch Anlaß gehabt, das Thema im Landtag aufs Tapet zu bringen. Die Haltung der Landesregierung zur Wahrung des Demonstrationsrechts sei „schwankend“.

Vera Dedanwala (SPD) mahnte, die Politik müsse ihre Sensoren in Richtung der betroffenen Menschen richten und aufnehmen und hören, was passiere. „Wir dürfen die Menschen nicht in dem Glauben lassen, daß sie lautstark demonstrieren und protestieren müssen, damit sie überhaupt noch Gehör finden. Das ist der Punkt.“

Hartmut Schauerte (CDU) bezeichnete es als zentrale Frage dieser Diskussion, wie man den bevorstehenden umfangreichen Umbau der Gesellschaft politisch miteinander

entwickeln wolle, „um unsere Gesellschaft zu schützen und Demokratie gangbar und lebensfähig zu halten“. Unvermeidliche Behinderungen bei der normalen Durchführung einer Demonstration seien kein Thema, anders verhalte es sich aber dann, wenn „der Behinderungscharakter das eigentliche Ziel der Demonstration“ sei.

Egbert Reinhardt (SPD) nannte den Anlaß für die Aktuelle Stunde „minimal“. Darum seine Frage: „Warum führen Sie diese Debatte?“ Reinhardts Antwort: „Sie wollen mit so etwas immer den jeweils amtierenden Innenminister treffen.“ Das sei er einfach leid.

Roland Appel (GRÜNE) sah eine klare politische Absicht in dieser Diskussion: Schutz der für die Schaffung und Vernichtung von Arbeitsplätzen Verantwortlichen in den Vorstandsetagen, Verteidigung der Politik des Bundeskanzlers und Verhinderung der Frage nach der Verantwortlichkeit: „Sie wollen hier verschleiern, vernebeln und den Nebel der Ideologie über alles legen.“

Justizminister Dr. Rolf Krumstiek (SPD) sagte: „Wir wollen nicht, daß wir aufgrund von Breitendemonstrationen ein Volk von Straftätern werden, bei dem wir anschließend diskutieren müssen, ob wir eine Amnestie brauchen oder nicht.“ Die Justiz wisse sehr wohl, wie sie vorzugehen und zu unterscheiden habe. Die Staatsanwaltschaften hätten in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Einzelverfahren bearbeitet, die in Zusammenhang mit Demonstrationen stünden. Die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen. Nicht jede durch eine Demonstration bedingte Verkehrsbehinderung sei Nötigung, darüber sei nur unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls zu entscheiden.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) korrigierte, es gehe beim Thema der Aktuellen Stunde nicht um Bauern oder Stahlarbeiter, sondern um einen zeitlichen Prozeß, der über Jahre sich erstrecke, und hinter dem eine Grundsatfrage der praktischen Politik und der Rechtspolitik im Lande stehe. Darüber müsse geredet werden dürfen. Auch durch Verleumdungen lasse sich die Grenze zwischen einer Demonstration und einer möglichen Straftat nicht verrücken.

Studentenwerksgesetz

Einhelliges Lob für gemeinsam gefundene Lösung

In zweiter Lesung hat am 10. Dezember der Landtag mit den Stimmen aller vier Fraktionen den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 11/5768) zur Änderung des Studentenwerksgesetzes in Form der Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses (Drs. 11/6377) verabschiedet. Damit fand ein dreijähriger Diskussionsprozeß um mehr wirtschaftliche Selbständigkeit, Flexibilität und Attraktivität dieser sozialen Einrichtung für die Studierenden des Landes seinen Abschluß.

Karl Schultheis (SPD) umriß den Kern der Novelle: Die Wirtschaftspläne der Werke sind zukünftig gegenüber dem Wissenschaftsministerium nur anzeigepflichtig und bedürfen nicht mehr der Genehmigung wie früher. Das gelte auch für die Stellenübersichten. Zu nennen sei auch die kommende Festbetragsfinanzierung. In der jetzigen

Form gehe das Gesetz über den Entwurf der Landesregierung hinaus, das sei Frucht der ausführlichen Beratungen und Anhörungen. Schultheis schloß mit dem Wunsch, das am 1. Januar 1994 in Kraft tretende Gesetz bringe den Betroffenen einen guten Start in eine neue Phase wirtschaftlicher Selbständigkeit.

Dr. Andreas Lorenz (CDU) würdigte ebenfalls die gute parlamentarische Arbeit; die Landesregierung habe sich dagegen sehr schwergetan. Der vorliegende Entwurf trage eindeutig die Handschrift des Parlaments, fuhr Lorenz fort und erinnerte an den Vorschlag seiner Fraktion, als Rechtsform für die Studentenwerke die GmbH vorzusehen, was jedoch keine Zustimmung gefunden habe. Das vorbildliche Zustandekommen und die hohe Akzeptanz dieses Gesetzes sollten Vorbild für das Verfahren bei der Umsetzung der Eckdaten im Hochschulbereich sein.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) lobte das erreichte vorbildliche Ergebnis, bei der die Selbstverantwortung vor die Fremdsteuerung gestellt werde. Die Verbesserungen habe man gegen den großen „Bedenkenträgerapparat“ der Ministerien erlangt — besonders des Finanzministeriums. Man sei überzeugt, daß die Studentenwerke von der

neuen Freiheit vernünftigen Gebrauch machen werden. Das erarbeitete Modell zu mehr Eigenverantwortung sollte auch in anderen Bereichen Schule machen.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) stimmte den Feststellungen vom Vorbildcharakter des Gesetzes und seines Zustandekommens zu. Er berichtete von Befürchtungen auf Seiten der Studentenwerke zur Festbetragsfinanzierung: Daß hier Kürzungen eintreten, obwohl die Einrichtungen schon jetzt am Rande des Zumutbaren arbeiteten. Skepsis sei auch beim Aufgabenzuschnitt zwischen Verwaltungsrat und Verwaltungsausschuß angebracht; ferner hätten die Grünen gerne eine Obergrenze beim Sozialbeitrag gehabt. Fazit: „Wir sind nicht begeistert von diesem Gesetzentwurf, aber wir halten ihn für eine bessere Grundlage als den bisherigen Rechtszustand.“

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) konstatierte: „Ich bin mit dem Gesetz sehr einverstanden, auch mit den zwei wichtigsten und den anderen Änderungen. Ich finde das in Ordnung.“ Es gebe ihres Wissens kein anderes Gesetz, das den Studierenden eine so weitgehende Einflußnahme in studentischen Angelegenheiten ermögliche. Man sei gut beraten, den Prozeß so zu begleiten, daß es funktioniere.

CDU stellt Zusammenhang her zwischen Leseunlust und Gewalt

„Lesen ist ein wesentlicher Schlüssel zur Kultur und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Leseförderung bedarf deshalb der besonderen Pflege und Förderung durch die Landesregierung.“ Diese Feststellung findet sich im Auftrag der CDU-Fraktion „Kulturgut Lesen sichern“ (Drs. 11/6238), den der Landtag zur weiteren Beratung an den Kulturausschuß (federführend) überwies.

Professor Dr. Renate Möhrmann (CDU) umriß die Situation so: „Für das deutsche Telefonbuch wird derzeit mehr Papier benötigt als für die gesamte deutsche Verlagsproduktion. Bei zwei Dritteln unserer Mitbürger bleibt das Buch zugeschlagen.“ Auch im Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen habe das Lesen an Bedeutung verloren: Nur noch für drei Prozent der Jungen zwischen sechs und 16 Jahren sei Lesen das liebste Hobby. „Damit verfällt auch die Fähigkeit zu verbaler Kommunikation.“ Schließlich sei Leseabstinenz alarmierend für das demokratische System, „dessen Grundlage die sprachliche Auseinandersetzung und die Konfliktlösung durch das Wort ist“. Angesichts der 25prozentigen Kürzungen an den Etats der öffentlichen Bibliotheken sei das Land aufgefordert, keine weiteren Kürzungspläne „auszuhecken“, sondern den bibliothekarischen Status quo zu halten. Es müsse die Kausalität zwischen dem Verlust kultureller Orientierung und zunehmender Gewalttätigkeit in der Gesellschaft gesehen werden.

Manfred Böcker (SPD) bezeichnete die Problemstellung des CDU-Antrags als wichtig: „Wir teilen auch die Besorgnis, die in Ihrem Antrag zum Ausdruck kommt. Wir fragen auch nach der Langzeitwirkung für eine Gesellschaft, die zwar immer mehr Bücher produziert, aber immer weniger Bücher liest.“ Dem sollte man gemeinsam nachgehen. Dabei gehe es nach Meinung der SPD



Begründete den Antrag ihrer Fraktion zur Förderung des Lesens: Professor Dr. Renate Möhrmann (CDU).

Foto: Schüler

nicht um die Alternative „Buch oder andere Medien“, sondern darum, wie beides künftig miteinander vernünftig zu vernetzen sei. Es werde aber schwer sein, auf die Fragen des Antrags Antworten zu finden. Böcker erinnerte an die Leistungen und Verbesserungen, die in Zusammenhang mit der Förderung des Buchs in den letzten Jahren aufgrund der Erörterungen im Kulturausschuß erreicht worden seien.

Wolfram Dorn (F.D.P.) begrüßte den Antrag und schloß Kritik an der Politik des Kultusministers an: Literatur sei heute zu wenig Bestandteil der Lehrpläne und der Praxis der Schularbeit. Seine Erkenntnis: „Literatur hat generell keine Lobby.“ Das sei bei Oper, Schauspiel und Musik anders. Man könne sich die Folgen ausmalen, wenn, wie vorgesehen, der Landeszuschuß an die Bibliotheken im nächsten Jahr um 900 000 Mark gekürzt werde. Dorn: „Wir müssen wieder dazu kommen, daß mehr gelesen wird, weil das Bedürfnis nach Lesen bei den Menschen

vorhanden ist. Die Bilder rauschen an uns vorbei — jeden Tag.“ Bücher könnten Verbindungen zwischen den Völkern schaffen und zwischen Menschen: „Unsere Worte sind unser Atem. Denken wir daran, daß wir den Atem lange behalten dürfen und unsere Worte lange anwenden können“, schloß er.

Brigitte Schumann (GRÜNE) stimmte der Forderung nach Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen zu, wandte sich aber gegen den hergestellten Kausalzusammenhang zwischen Lesedefiziten und Gewalt: „Sinnstiftende Maßnahmen wie die Leseförderung als Mittel gegen Gewalt haben für mich die gleiche Qualität wie Kalkstreuen im sterbenden Wald beziehungsweise das Sandstreuen in die Augen anderer Leute.“ Mit Leseförderung komme man nicht an die Ursachen der Gewalt heran, die lägen in der sozialen Erosion begründet. Der Rat zu lesen und damit den Kindern ein Vorbild zu sein, müsse Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern wie blanker Zynismus in den Ohren klingen. Widerspruch erhebe sie auch gegen die These, die Mangel an sprachlicher Kompetenz bei Kindern zur Bedrohung der Funktionsfähigkeit der Demokratie erhebe.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) führte aus: „Die Forderungen des Antrags der CDU-Fraktion entsprechen im Grundsatz den gegenwärtigen Anstrengungen der Landesregierung. Ein weitergehender Handlungsbedarf kann dem Antrag nicht unmittelbar entnommen werden.“ Um hier weiterzukommen, befürchte es nicht zuletzt des Geldes. Der Minister appellierte an die Eltern, „daß sie ihren Kindern Bücher schenken, daß sie die Kinder in Buchhandlungen mitnehmen, daß sie sie in Bibliotheken schicken, noch besser, mit ihnen in die Bibliotheken gehen, daß sie ihnen einmal vorlesen und daß sie den Kindern vormachen, daß sie selber lesen“.

F.D.P. fordert Stopp der Planungen für den Braunkohletagebau Garzweiler II

Fraktionen von SPD und CDU lehnen ab: Verfahren soll ungestört weiterlaufen

Auf Empfehlung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung (Drs. 11/6378) hat der Landtag am 10. Dezember den F.D.P.-Antrag „Neue Planungsgrundlagen für Garzweiler II erforderlich“ (Drs. 11/6231) gegen die Stimmen von F.D.P. und Grünen abgelehnt. In ihrem Antrag hatten die Liberalen gefordert, mit dem Gut Wasser sparsam umzugehen, auf überhöhte Sumpfungmaßnahmen zu verzichten und den Landtag in die erneute Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Hans Alt-Küpers (SPD) nannte den Vorhalt der antragstellenden Fraktion unzutreffend, es sei keine monetäre Bewertung der Ressource Grundwasser erfolgt. Der Braunkohleausschuß habe im Zuge seiner umfangreichen Tätigkeit intensiv die Wasserfrage nach allen Seiten abgewogen. Die Liberalen sollten sich wohl überlegen, ob sie sich in Sachen Garzweiler II „ins Bett der Grünen legen wollen, oder ob sie nicht den konstruktiven Weg mitgehen wollen“. Es sei im übrigen unzulässig, in diesem Antrag das Problem Wasser nur vorzuschieben, um die Frage aufzuwerfen, ob die Kernenergie im Vergleich zur Braunkohle nicht der bessere Weg der Grundlastverstromung im Lande sei. Die SPD sehe keinen Anlaß zu einer neuen Leitentscheidung, aber sie sehe bei der Machbarkeit von Garzweiler II noch Klärungsbedarf. Im übrigen dürfe die Frage des neuen Tagebaus nicht zum „Spielball wahlaktischer Entscheidungen“ gemacht werden.

Werner Stump (CDU) sah keinen Sinn darin, mitten im Verfahren eine Unterbrechung zu beantragen — mit einer nicht zu akzeptierenden Begründung: „Dieses Verfahren muß zu Ende gehen“, betonte er; der Braunkohleausschuß befaße sich schon seit acht Jahren mit dem Thema und dürfe jetzt nicht plötzlich ins Abseits gestellt werden. Für die CDU sei entscheidend, daß alle eingegangenen Stellungnahmen ausreichend abgewogen werden, ohne daß es vorgefertigte Meinungen gebe. Seine Fraktion behalte sich für das kommende Jahr einen Antrag vor, „daß sich der Landtag mit der Sachfrage Garzweiler II im Sinne einer einvernehmlichen Herstellung der Meinungsbildung befassen wird“. Über die Entscheidung, die fast schon ein Viertel des Landes ausmache, solle nicht nur der Braunkohleausschuß befinden, hier gehöre das Landesparlament mit in die Verantwortung.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) betonte: „Wir wollen, daß das Parlament bei Leitentscheidungen beteiligt wird, weil wir auch glauben, daß dadurch Abwägungsdefizite schneller geklärt werden können als bisher.“ Die Akzeptanz bei der Bevölkerung sei dann auch anders. Auch Rheinbraun räume ein, daß es keine monetäre Bewertung des Grundwassers gebe; dies müsse nachgereicht werden, um für die bereits angekündigten Rechtsverfahren gewappnet zu sein. Über den Energiemix sei erneut nachzudenken, „dazu gehört für uns auch die Kernenergie“. Die F.D.P. werde weiter dafür kämpfen, daß die Parlamentarier im Landtag die Entscheidung treffen können und nicht nur die Landesregierung, wenn der Braunkohleausschuß seine Arbeit getan habe.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) wertete den Braunkohletagebau Garzweiler II als energiepolitisch nicht mehr zu rechtfertigen: Auch angesichts der Forderung, der ost-

deutschen Braunkohlgewinnung langfristig eine Förderung von 100 Millionen Tonnen zu garantieren, gebe es für Garzweiler II keine Berechtigung. Man könne auch nicht verbal am CO₂-Minderungsziel festhalten und dann langfristig Fördermengen für Stein- und Braunkohle festschreiben; das sei nichts als die „Kapitulation des Kabinetts Rau in Sachen Klimaschutz“. Die wasserhaushaltlichen Auswirkungen des Vorhabens seien „gigantisch“, es gehe darum um eine Abwägung der Ressource Braunkohle mit dem Schutz der Grundwasserressourcen. Die Folgen von Garzweiler II würden an die nachkommenden Generationen übertragen. Der F.D.P.-Antrag habe darum seine Berechtigung.

Werner Stump (CDU) warnte davor, zwischen die CDU und einem ihrer Kollegen einen Keil treiben zu wollen, der im Abbaugbiet wohne und sich darum für die Interessen der dort lebenden Menschen einsetze. Er wiederholte den Standpunkt seiner Fraktion, das Planverfahren zu Ende zu führen; danach gebe es einen ersten und zweiten Ausgleichsvorschlag: „Erst dann werden wir alle von der Sache her in der Lage sein, eine abschließende und objektive Bewertung zu betreiben, ob dieses Tagebaufeld Garzweiler II machbar ist oder nicht.“

Hans Alt-Küpers (SPD) ging auf die Verpflichtung von Rheinbraun zur Ersatzwasserbeschaffung ein. Wenn das ökonomisch nicht zu beschaffen sei, könnte der Tagebau nicht beantragt werden. Garzweiler II sei als Option nötig, „weil wir nicht davon ausgehen, daß wir den Grundlaststrom durch Kernenergie — und das wäre die einzige Alternative — ersetzen können und wollen“.

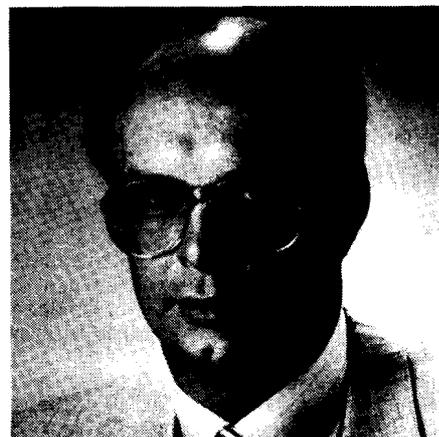
Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) nannte den Antrag in der Begründung unsachlich, in der Motivation durchsichtig, in der Zielrichtung bedenklich und rechtlich ebenso bedenklich. Er sei wenig hilfreich für ein objektiv laufendes Verfahren. „Ich halte es dringend geboten, das laufende, gesetzlich vorgeschriebene Braunkohleverfahren ungestört weiterzuführen“, stellte der Minister in Vertretung des erkrankten Umweltministers Mathiesen fest. Die Erfahrung zeige, daß ein Braunkohleplan im Verfahren ständig fachlich verbessert werde und schließlich zu Regelungsinhalten führe, die den Sachproblemen angemessen seien. Das sei abzuwarten, „in aller Seriosität“, wie Einert anfügte. Anträge wie der vorliegende schienen ihm nicht geeignet zu sein, in der Öffentlichkeit zur Sachaufklärung beizutragen, sie seien letztlich gefährlich, „weil sie die Menschen verunsichern und die Politikverdrossenheit immer weiter steigern“. Was die F.D.P., sonst als rational argumentierende Wirtschaftspartei auftretend, hier biete, sei „opportunistisches Wortgeklingel und sonst gar nichts“.



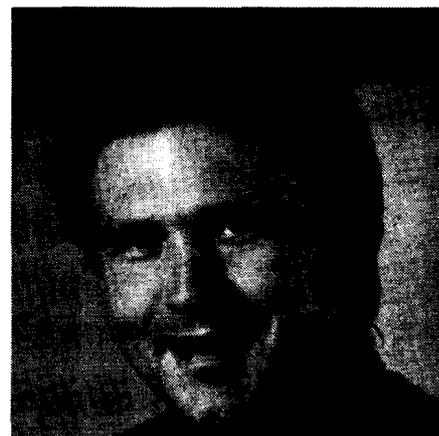
Hans Alt-Küpers (SPD)



Werner Stump (CDU)



Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.)



Dr. Michael Vesper (GRÜNE)

Fotos: Schüler

Zweite Lesung Haushalt 1994 mit vielen Einzelthemen

Auch geringe Finanzspielräume waren große Mühen wert

Der Landtag setzte am 9. Dezember die zweite Lesung des Haushaltsentwurfs 1994 mit Aussprachen über die Einzelpläne Wirtschaft, Kultus mit den Bereichen: Schule, Kultur und Sport, Innen, Umwelt, Gleichstellung, Wissenschaft, Justiz, Landesrechnungshof, Finanzverwaltung und Allgemeine Finanzverwaltung sowie des Haushaltsgesetzes fort. Nach zwölfstündiger Aussprache wurde der mit einigen Änderungen versehene Haushaltsentwurf in zweiter Lesung um 22 Uhr mit den Stimmen der SPD angenommen. Mit der Beratung des Einzelplans 08 – Wirtschaft, Mittelstand, Technologie – setzt „Landtag intern“ die Berichterstattung aus der vorigen Ausgabe fort. Unmittelbar im Anschluß an die kontroverse Aussprache über den 2,5 Milliarden-Mark-Etat wurde auf Antrag der SPD über die Situation in der Stahlbranche debattiert und mit den Stimmen der SPD ein Appell an Bundesregierung und Europäische Kommission gegen weitere Stahlsubventionen auf nationaler und europäischer Ebene verabschiedet (Bericht in der vorigen Ausgabe).

Einzelplan 08 – Wirtschaft/ Mittelstand/Technologie

Ein Antrag der Grünen zum Einzelplan 08 „Abwärmeabgabe und ökologischer Sonderfonds Klimaschutz“ (Drs. 11/6448) wurde abgelehnt, der Einzelplan 08 mit den Stimmen der SPD gemäß Ausschußempfehlung (Drs. 11/6408) angenommen.

Laurenz Meyer (CDU) schloß sich dem Vergleich Deutschlands mit einem gefesselten Riesen an, der aus den Fallstricken der Bürokratie nicht mehr herausfinde. Weitermachen wie bisher gehe nicht. Mit den Produkten von gestern sei die Zukunft nicht zu gewinnen. Im Haushalt gehe es nur um den Abbau der 22000 Arbeitsplätze im Montanbereich. Für die restliche Wirtschaftspolitik stünden von 2,5 Milliarden Mark nur 600 Millionen zur Verfügung. Die SPD sei den akuten Strukturen verhaftet. Der Wirtschaftshaushalt dürfe nicht zum Steinbruch werden.

Ernst-Otto Stüber (SPD) verteidigte die 20 Millionen für eine Stiftung Industriedenkmal als gelungenes Konzept von Wirtschaft und Politik. Den Rückzug des Bundes aus Gemeinschaftsaufgaben könne das Land nicht auffangen. Die CDU wolle ständig streichen. Lichtblicke seien die hohe Beschäftigung im Dienstleistungsbereich. Die Kulturwirtschaft zähle zu den drei größten Wirtschaftsbranchen und habe einen höheren Jahresumsatz als Chemie und Ernährung. NRW sei dank gezielter Ansiedlungspolitik führender Medien- und Filmstandort geworden. Umweltschutz und Recyclingwirtschaft seien ein Wachstumsmarkt. Mit ein bißchen Hoffnung solle das private Vermögen in aktive Kaufkraft umgesetzt werden.

Hagen Tschölsch (F.D.P.) hielt weniger Finanzmittel für Wirtschaftsförderung angesichts der NRW-Dauerkrise für falsch. Die F.D.P.-Fraktion habe zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen umzuschichten versucht, leider vergeblich. Statt dessen sollten wieder 4,5 Millionen für die SPD-Werbekampagne „Wir in NRW“ bereitgestellt werden. Zahlreiche Programme würden seit 20 Jahren einfach festgeschrieben. Bunte Broschüren schüfen keine Arbeitsplätze.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) wunderte sich über die Kritik, da CDU und F.D.P. den Minister im Ausschuß unterstützten. Die SPD wolle im Wahlkampf auf Arbeitsmarktpolitik abstellen, kürze aber im Lande die Mittel dafür. Arbeitszeitverkürzung stehe wieder an, nicht mehr Arbeit für wenige. Auf Öko-Abgaben gehe die SPD nicht ein, weil sie fürchte, für wirtschaftsfeindlich gehalten zu werden. Alternative Energien könnten sich rechnen, wenn die Folgekosten anders gewertet würden. Der Minister schließe Frieden mit den Energie-Multis auf Kosten der Umwelt.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) antwortete, die Kritik von beiden Seiten bewiese, daß er auf dem richtigen Weg sei. Der Strukturwandel sei unübersehbar und geschehe gemeinsam mit den Betroffenen und Regionen. Branchen-Initiativen bewiesen viel Innovationsfeindlichkeit. Der Medienpark Bottrop werde aus dem Wirtschaftshaushalt finanziert. Für den Flächenzielkonflikt sei die Stiftung das angemessene Instrument. Die Bergbaubetreiber sollten Grundstücke und Arbeitseinsatz einbringen.

Über Einspeisungsvergütungen lasse er mit sich reden, habe aber auch Verbraucherinteressen abzuwägen. In Jülich gebe es keinen neuen Einstieg in die Kerntechnologie.

Marianne Hürten (GRÜNE) zitierte Umfragen zur Arbeitslosigkeit und bemängelte, daß mehr als die Hälfte der Wirtschaftsförderung in Kohle und Stahl fließe. Um Arbeitsplatzsicherung gehe es dabei nicht, sondern der Abbau werde nicht gebremst. Frauen würden nachhaltig benachteiligt, da sie im Montanbereich überhaupt schwach vertreten seien.

Lage der Stahlindustrie

Vereinbarungsgemäß führte der Landtag im Anschluß an die Beratung des Einzelplans 08 eine besondere Beratung zur Lage der Stahlindustrie durch. Dazu lagen von seiten der Fraktionen Entschließungsanträge vor.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion, drückte die Hoffnung aus, daß es angesichts der dramatischen Lage der deutschen Stahlindustrie zu einer gemeinsamen Entschließung des Landtags kommen würde. „Die deutsche Stahlindustrie steht im wahrsten Sinne des Wortes am Rande des Abgrunds – mit Konsequenzen, deren Auswirkungen heute noch keiner abschätzen kann.“ Es müsse mit anderen Bundesländern ein Subventionswettbewerb verhindert werden, der nichts mit der Leistungsfähigkeit der Anlagen zu tun habe und den Leistungsmaßstab der deutschen Stahlindustrie nicht berücksichtige. Darüber falle am 17. Dezember in Brüssel die Entscheidung, ob diese Subventionen genehmigt werden. Dazu bedürfe es eines „letzten verzweifelten, gemeinsamen Signals des Landtags Nordrhein-Westfalens“. Daß dies in letzter Minute zustandekomme, dazu spreche er die Bitte aus, „auf taktische und sonstige Feinessen“ in diesem Zusammenhang zu verzichten. Das sei man den Menschen an Rhein und Ruhr schuldig.

Dr. Helmut Linsen, CDU-Fraktionsvorsitzender, unterstrich, die von Farthmann gegebene Schilderung der Lage der Stahlindustrie stimme. Die CDU sei allerdings der Meinung, daß man von Brüssel nicht etwas fordern dürfe, was im eigenen Land nicht gel-



Schulpolitik in der Kontroverse: v.l. Beatrix Philipp (CDU), Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Andreas Reichel (F.D.P.), Brigitte Schumann (GRÜNE) und Kultusminister Hans Schwier (SPD).
Fotos: Schüler

ten solle. Darum müßten die anderen SPD-regierten Bundesländer mit Stahlstandorten mit gleicher Intensität aufgefordert werden, von Subventionen abzulassen. Das stehe im Antrag seiner Fraktion. Darüber hinaus sei man gegen das Signal der Zinssubvention an die Stahlindustrie dieses Landes und gegen die Überlegung in Richtung Stahlstiftung. Zudem sollte man auch nicht über eine Stahl AG „philosophieren“. Die Unternehmen werden ihre Konzepte vorlegen müssen, schloß Linssen, die dann von den Banken und Aktionären mitgetragen werden müßten.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) nannte die Forderung der SPD des Landes, keine Subventionen vorzusehen, eine „neue Erkenntnis“. Bisher habe die SPD immer zwischen „guten“ und „bösen“ Subventionen unterschieden, etwa für Kohle oder Stahl. Mit einer solchen Position werde man auf Dauer keinen Erfolg haben und es sei töricht, in einer solchen schwierigen Situation der Stahlindustrie die Bundesregierung auf die Anklagebank zu setzen: Statt eines solchen Briefs hätte man ernsthaft mit dem Bundeswirtschaftsminister sprechen sollen. Die Landesregierung und die SPD suchten einen Schuldigen, wenn sich in den nächsten Wochen die Krise zuspitze. Die Position der Bundesregierung, industrielle Kerne im Osten mit Subventionen zu erhalten, führe zwangsläufig zu einem Arbeitsplatzabbau hierzulande: „Das müssen wir eben für das Zusammenwachsen in der Bundesrepublik Deutschland leisten.“

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) nannte es dem Ernst der Sache nicht angemessen, wenn die SPD ihren Antrag aus dem Brief an den Bundeswirtschaftsminister abschreibe. Die Menschen in Eisenhüttenstadt hätten allen Grund, Verrat zu wittern. Hier gehe es darum, einen industriellen Kern in einer schwer gebeutelten Region zu erhalten. Eisenhüttenstadt habe eine neue Chance verdient, mehr zu sein als nur die verlängerte Werkbank des Westens. Man müsse sich von der Vorstellung verabschieden, „die europäische Stahlindustrie lasse sich nach marktwirtschaftlichen Regeln sinnvoll organisieren“. Das EGKS-Instrumentarium sei durchaus tauglich für eine zumindest kurzfristige Stabilisierung des Stahlmarktes. In Anbetracht der aktuellen Stahlkrise könne man EKO-Stahl nicht zum Sündenbock stempeln. Die Grünen seien gegen einen erneuten Subventionswettbewerb, die Anpassung an verringerte Stahlnachfrage müsse innerhalb der EG gerecht verteilt werden. Er verlangte konzerninterne Beschäftigungsgesellschaften, um den Übergang in andere Produktionsfelder zustande zu bringen.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) erwähnte die Haltung der Bundesregierung, die sich aus politischen Gründen für die Lösung bei EKO entschieden habe. Das Motto in Bonn sei, „Hauptsache EKO, alles andere interessiert uns nicht“. Da müsse man schon die gesamtstaatliche Verantwortung einklagen, befand Einert, und nicht Brüssel die Entscheidung zuschieben. Die Beschreibung laute so: Mit einer Milliarde Mark „Staatsknete“ werde eine zusätzliche Kapazität an einem Standort aufgebaut, „der sowieso nach meiner Einschätzung künstlich geschaffen worden ist und auf Dauer sowieso nicht wettbewerbsfähig ist“. Eisenhüttenstadt bedeute zwei Millionen Tonnen zusätzliche Kapazität. Der Minister verwahrte

sich dagegen, daß Kohle und Stahl in einen Topf geworfen werden, schließlich sei die Stahlindustrie im Gegensatz zur Kohle wettbewerbsfähig. Im übrigen sei die unterschiedliche Behandlung in Brüssel immer akzeptiert worden.

Kultusministerium

In drei Bereichen spielte sich die Haushaltsberatung zum Etat des Kultusministers ab: Schule, Kultur und Sport. Er wurde in zweiter Lesung angenommen, zwei Änderungsanträge der Grünen, die Lehrereinstellung und Förderung eines türkischen Theaters betrafen, wurden abgelehnt.

Beatrix Philipp (CDU) machte darauf aufmerksam, daß etwa die Hälfte der Schulabgänger bei Eignungstests von Firmen durchfielen, weil sie den Grundanforderungen im Lesen, Schreiben, Rechnen nicht entsprächen: Da müsse an den Schulen des Landes etwas nicht stimmen. Es sei unverantwortlich, daß die Landesregierung in Kenntnis dieser Fakten nichts tue. Im Gegenteil — es werde der Öffentlichkeit unverfroren vorgeworfen, daß an den Schulen alles in Ordnung sei. So müßten in diesem Jahr in den Schulen des Landes 40 000 Kinder mehr unterrichtet werden, aber kein einziger Lehrer mehr werde eingestellt, es gebe sogar fünf Lehrer weniger.

Dr. Manfred Dammeyer (SPD) hielt fest: „Diesen Haushalt werden wir wohl so fahren müssen, wie ihn die Landesregierung im großen und ganzen vorgelegt hat.“ Im übrigen sei es zynisch, die Testergebnisse in der Wirtschaft zu beklagen, während die einen dramatischen Rückgang der Ausbildungsplätze zu verantworten habe. Die SPD sei für eine schrittweise Weiterentwicklung des Bildungswesens: „Lehrer, Schüler, Eltern, überhaupt die Zukunft des Landes, sind bei den Sozialdemokraten in guten Händen“, schloß er.

Andreas Reichel (F.D.P.) sah im Stellenstopp bis 1995 das eigentliche Dilemma der Schulpolitik des Landes. Dabei stiegen die Schülerzahlen bis 2000 um 400 000, und 1995 greife der neue Finanzausgleich, dann begännen die eigentlichen Finanzprobleme erst. Da gebe es nur zwei Auswege: Entweder drastische Kürzung des Bildungsstandards oder Veränderung der Schulstrukturen in Richtung Vereinfachung und Effizienzsteigerung. Bei allen Sparanstrengungen sei die Schule auszunehmen — im Gegenteil, man müsse antizyklisch mehr Geld in diesen

Bereich investieren. Denn in Krisenzeiten brauche man mehr Kreativität und Beweglichkeit.

Brigitte Schumann (GRÜNE) diagnostizierte eine wachsende Lehrerstellenlücke, die selbst durch die schmerzlichen Eingriffe der Landesregierung in die pädagogischen Standards nicht geschlossen werde. Die damit verbundenen Verschlechterungen schlugen besonders auf die Kinder von Migranten zurück, die an den Bildungsabschlüssen immer noch unterrepräsentiert seien. Da zeige sich, was von den regierungsamtlichen Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit in Wirklichkeit zu halten sei. Auch behinderte Kinder würden betroffen, wie mit ihnen umgegangen werde, sei eine „Katastrophe“.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) appellierte, „diesen Haushalt des Möglichen und Notwendigen so zu verabschieden, wie er eingebracht worden ist“. Die kritisierten Verschlechterungen bestünden darin, daß die Schüler-Lehrer-Relation in der Grundschule von 24,3 auf 24,6 erhöht worden sei, die Stellenreserve habe man von vier auf drei (Grund- und Sonderschulen 3,5) Prozent gesenkt, und im muttersprachlichen Ergänzungsunterricht und bei den Integrationshilfen werde — unter Beibehaltung des jetzigen Standards — an einigen Stellen reduziert. „Das sind keine wilden Veränderungen“, betonte der Minister.

Brigitte Schumann (GRÜNE) fügte zur Weiterbildung an, als vierte Säule im Bildungssystem des Lands breche sie immer mehr zusammen. Um Qualität und Kontinuität zu erhalten, müsse es zur jährlichen Dynamisierung der Personalkosten für hauptamtliches Personal kommen. Der Weiterbildungsbedarf sei groß, die öffentliche Verantwortung unverantwortlich gering.

Kultur

Die erhebliche Gemeinsamkeit zwischen den Kulturpolitikern im Kulturausschuß kam in der Haushaltsdebatte zum Ausdruck. Während von dieser Seite der Eindruck referiert wurde, man stehe mit dem Rücken an der Wand, wertete der Minister den Entwurf als Versuch einer gerechten und angemessenen Behandlung von Kultur.

Professor Dr. Renate Möhrmann (CDU) umriß die Kulturpolitik des Landes so: „Der schöne Schein soll gewahrt werden, auch wenn die Sache schlimm ist. Kultur muß schmücken und sonst gar nichts.“ Anstatt



Defizite beim Schulsport beklagt und die Bezahlung der Übungsleiter kritisiert, andererseits den Sporthaushalt als Wahrung des erreichten hohen Standards verteidigt (v.l.): Leonhard Kuckart (CDU), Uwe Herder (SPD), Michael Ruppert (F.D.P.), Gerd Mai (GRÜNE) und Minister Hans Schwier (SPD). Fotos: Schüler

die Musikschulen zu unterstützen, das Bibliothekswesen zu sichern und ein flächendeckendes Theaterangebot auch für die Freien zu ermöglichen (dies habe ihre Fraktion gefordert), stärke die Landesregierung nicht die kulturelle Infrastruktur, sondern unterstütze die „Spektakilität“, Einzelereignisse mit Showcharakter.

Dr. Eugen Gerritz (SPD) fand, der Kulturhaushalt sei noch einigermaßen gut weggekommen. Um in den nächsten Jahren Schlimmerem gewachsen zu sein, müsse dringend über künftige Strukturen auch im Kulturbereich von Land und Kommunen nachgedacht werden. Es dürfe nicht ein zweites Mal passieren, daß der Kulturhaushalt durch die Politik mit den Instrumenten globale Minderausgabe und Ausgaben-sperre so malträtiert werde, wie dies im Fall der Laienmusik geschehen sei: Das führe zu erheblichem Vertrauensverlust im Lande.



Im Mittelpunkt der innenpolitischen Erörterungen die Frage der Sicherheit: v.l. Heinz Paus (CDU), Stefan Frechen (SPD), Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.), Roland Appel (GRÜNE) und Innenminister Dr. Herbert Schnoor.
Fotos: Schüler

Wolfram Dorn (F.D.P.) wandte sich der Literaturförderung zu und kritisierte dabei die Landesförderung von 950 000 Mark als im Ländervergleich viel zu gering. Sie sei auch noch um 47 000 Mark gekürzt worden. Das sei völlig unzureichend für ein Land von der Bedeutung Nordrhein-Westfalens. Der Abgeordnete verurteilte den angekündigten Rückzug des Bundes aus der Verantwortung für den Erhalt der kulturellen Substanz in den neuen Bundesländern: Ein solches Verfahren könne auf keinen Fall hingenommen werden, die Landesregierung solle im Bundesrat aktiv werden.

Brigitte Schumann (GRÜNE) hielt der Landesregierung vor, sie sichere im Kulturbereich ihre eigenen Einrichtungen ab, während den kommunalen Zuschüssen der Hahn abgedreht werde. Dabei sei klar, daß die Kommunen in Zeiten finanzieller Not zuerst den Rotstift im Kulturbereich ansetzten, wobei die Basiskultur am stärksten gefährdet sei. Deshalb sollte für die Soziokultur ein Notfonds von einer Million Mark eingerichtet werden. Die traditionellen kommunalen Kulturinstitute würden auf Magerkost gesetzt, zur gleichen Zeit habe das Land in Zusammenarbeit mit der WestLB Millionen übrig für einen Ankauf für die Kunstsammlung NRW.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) warnte vor falschen Vergleichen, etwa mit den neuen Bundesländern: Dort sei die Ausgangslage erheblich anders als hierzulande. Was die Schriftsteller- und Übersetzerförderung angehe, müsse er auf Förderung und

Unterhaltung des Übersetzerkollegs in Straelen hinweisen. Dem Notfonds erteile er mit dem Hinweis eine Abfuhr, er würde ebenfalls unter eine Haushaltssperre fallen.

Brigitte Schumann (GRÜNE) warb für 300 000 Mark Zuschuß pro Jahr für das Arcadas Theater, dessen Ensemble seit Jahren hier lebe und ein gezieltes Programm gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit mache.

Sport

Die verstärkte Förderung der ehrenamtlichen Übungsleiterarbeit in den Sportvereinen war einer der zentralen Punkte der Landtagsdiskussion im Bereich Sport des Etats des Kultusministers für 1994. Hier wurde von der Opposition auf das Beispiel anderer Bundesländer verwiesen.

Leonhard Kuckart (CDU) rügte, daß trotz gegenteiliger Verlautbarungen die Zuschüsse für Übungsleiter seit 1992 real um die Hälfte gekürzt worden seien: Wo bleibe da der Einsatz des Ministerpräsidenten im Jahr des Ehrenamts? Ähnlich verhalte es sich bei der Förderung der Sportstätten. Beim Sportunterricht an den Schulen sei die Landesregierung sträflicher Versäumnisse anzuklagen. Wäre der Landtag in den letzten Jahren den Vorstellungen der CDU gefolgt, dann könnte heute mit Fug und Recht von NRW als dem „Sportland Nr. 1“ gesprochen werden.

Uwe Herder (SPD) hielt dagegen: Der Sportetat mache deutlich, daß sich auch in einem kleinen Budget etwas bewegen lasse. Die SPD setze sich für eine Erhöhung der Übungsleiterzuschüsse ein: Die Regierung habe zwei Millionen gekürzt, die SPD-Fraktion drei Millionen draufgetan; darauf sei man stolz, und das werde von den Verbänden anerkannt. Zudem habe man die Mittel für die Frauenförderung um 50 Prozent auf 140 000 Mark erhöht. Der Landessportbund bekomme zusätzlich 55 Millionen für die Arbeit des Sports zur Verfügung gestellt.

Michael Ruppert (F.D.P.) monierte ebenfalls, daß die Mittel für die Übungsleiter seit Jahren erheblich gesunken seien, und in dem nächsten Jahr werde bei den Sportvereinen eine Million weniger für Übungsleiter ankommen — aller Zahlenarithmetik der SPD zum Trotz. Es bleibe bei der Kürzung um eine Million; das sei im Jahr des Ehrenamts ein trauriges Ergebnis. Beim Sportstät-

tenbau müsse einmal über die Notwendigkeit der derzeitigen Standards kritisch nachgedacht werden, in dieser Sache bräuchte man einen „Goldenen Schnitt“.

Gerd Mai (GRÜNE) fand: „Der Haushalt setzt immer noch nicht die richtigen Signale, die in der heutigen Situation notwendig wären, darum werden wir dem so nicht zustimmen.“ Für Jugendliche müßten neue und attraktive Angebote im Sport gemacht werden; Schulsport sei ein weiteres Defizitfeld. Mit anderen Worten: Die Aufnahme des Sports in die Landesverfassung im letzten Jahr sei folgenlos geblieben. Statt Prestigeobjekte sollten Einrichtungen und Initiativen des tatsächlichen Bedarfs gefördert werden.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) hielt der Opposition ihre traditionelle Rolle vor, in den Haushaltsberatungen mehr zu fordern. Aber irgendwann passe dies Verhalten nicht mehr in die Zeit, dann sollte man es sich „schenken“. 1993 gebe es es geschmäht 20 Millionen für Übungsleiter — trotz globaler Minderausgaben und trotz Haushaltssperre. In Zeiten wie heute sei etwas als prioritär anzusehen, was seinen Bestand behalte.

Innere Sicherheit

Mit einem Volumen von 6,4 Milliarden Mark wurde der Haushalt des Innenministers mit den vom Ausschuß empfohlenen Änderungen (Drs. 11/64034) und Stellenanhebungen bei der Polizei verabschiedet.

Heinz Paus (CDU) knüpfte an Vorjahre an und bedauerte, bei der inneren Sicherheit habe es keine Fortschritte gegeben. Trotz verdoppelter Kriminalität seit 1970 und Aufgabenanstieg müsse mit Mitteln des Jahres 1970 gearbeitet werden. Prävention finde überhaupt nicht statt. Kleinkriminalität nur zu verwalten, sei für das Sicherheitsgefühl der Bürger katastrophal. Gebetsmühlenartig habe die CDU in Vorjahren Personalverstärkung bei der Polizei beantragt. Die SPD habe das stets mit ihrer „Abstimmungsguillotine“ kaputtgemacht. Die Aufgabenkritik sei über Absichten auf dem Papier nicht hinausgekommen. Auch durch EDV gebe es keine Personalreserven. Die Frage des Ministers an die Gewerkschaft sei albern, ob die lieben Kollegen lieber mehr Geld oder zusätzliches Personal wollten. Bisherige Umorganisation habe nicht viel gebracht. In das Thema „Asyl und Abschiebung“ sei endlich Bewegung gekommen. Endlich gebe es Rückflüge unbegründeter Asylanttragsteller. Vorher habe der Minister nicht ernsthaft gewollt, vielmehr der CDU unchristliche und ausländerfeindliche Politik vorgeworfen.

Stefan Frechen (SPD) widersprach mit dem Hinweis auf Verbesserungen für die Polizei bereits 1992, 1750 Stellenanhebungen nach A 10 in diesem Jahr und weiteren 1724 He-bungen. Jedes Jahr seien 700 Stellen für den prüfungserleichterten Aufstieg bereitgestellt worden. 1995 solle ein Drittel der Schutzpolizei im gehobenen Dienst sein, das seien mit der Kriminalpolizei dann 40 Prozent. 700 zusätzliche Polizeibeamte seien auf Kreisbehörden verteilt worden. Der Antrag für eine Sicherheitswacht habe Gelächter erzeugt, die CDU habe sich damit lächerlich gemacht. Die SPD wolle den Direkt-einstieg für den gehobenen Dienst mit dem

Studienbeginn. In Bayern und Baden-Württemberg sei die Polizei nachhaltig schlechter dran. Frechen schloß seine Rede mit einem ironischen Hinweis auf den CDU-Antrag, 40000 Mark für eine Kaffeemaschine einzusparen und damit die Probleme der inneren Sicherheit lösen zu wollen.

Bei „Matthäus“ fiel ihm CDU-Abgeordnete ein

„Wie sagt Matthäus: Nimm erst mal den Balken aus dem eigenen Auge, bevor du nach dem Splitter im Auge des anderen fischst“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD, Stefan Frechen, bei der Aussprache über den Haushalt im Dezember zu seinem CDU-Widerpart Heinz Paus. Dessen Fraktionskollege Antonius Rösenberg reagierte mit dem Zwischenruf: „Das hat Frau Matthäus nie gesagt!“ und spielte damit auf den friedlichen Umgangston der Kulturexpertin an. Bei Frechen kam das unvollständig an, so daß er dem christdemokratischen Zwischenrufer gegenüber seine Bibelkenntnis beteuerte: „Doch, es ist Matthäus!“

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) zog eine persönliche Bilanz von Kriminalität im Alltagsumfeld: zweimal Auto aufgebrochen, versuchter Geschäftseinbruch, Handtaschendiebstahl, Sachbeschädigung, Wohnungsdiebstahl. Bei der Strafverfolgung sei nicht viel zu erwarten. Dem subjektiven Unsicherheitsgefühl werde der Einzelplan 03 nicht gerecht, auch wenn einiges auf den Weg gebracht werde, was die SPD immer wieder abgelehnt habe. Auch die Kommunen müßten jetzt über Sicherheitspersonal nachdenken. Bedenken gegen die Zusammenfassung von Kriminal- und Schutzpolizei blieben bestehen. Neuorganisation trage vor Ort Verunsicherung in die Bevölkerung. Bei Einzelfällen von Abschiebung gebe es oft Einspruch von Parteifreunden.

Roland Appel (GRÜNE) äußerte Genugtuung über die Höchststrafen für die Täter von Mölln durch das Gericht in Schleswig und kritisierte Scheinverfahren bei neuen Asylanträgen. Sichere Drittländer umgäben sich mit einem weiteren Kordon Drittländer. Im schlimmsten Fall werde der Iraker in sein Verfolgerland zurückgeschoben. Grenzen von Humanität seien erreicht, wenn ein armenisches Kind seinen dritten Geburtstag in einem Babyhotel verbringen müsse. Bei den Leistungen für Asylbewerber gebe es ein Verwirrspiel um Freßpaket oder Bargeld. Medizinische Versorgung auf unbedingt Erforderliches zu reduzieren, sei in Paragraphen gegossene Unmenschlichkeit. Daß die SPD dem im Bundesrat zugestimmt habe, verstehe er nicht. Bei Kurden gebe es keine Fluchtalternative innerhalb der Türkei, vielmehr Massenmord, Bombardierung, Säuberungen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) nannte Diebstahl als Hauptproblem. Das habe mit dem Fall der Mauer zu tun. Mehr Personal bei der Polizei werde von der Opposition begrüßt. Hohe Personalkosten würden aber von deren Finanzsprechern angegriffen. Die Polizeireform sei mit der großen Bildungsreform vergleichbar. Den Standort

Tag der offenen Tür im Landtag



Über 10000 Besucherinnen und Besucher konnte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am Tag der offenen Tür des Landtags Nordrhein-Westfalen am 11. Dezember 1993 begrüßen. Unser Bild zeigt die Landtagspräsidentin in der Bürgerhalle des Landtags bei einer Autogrammmstunde am selben Tag.



Großen Zuspruch fand der Informationsstand bei den Besucherinnen und Besuchern am Tag der offenen Tür des Landtags. Unser Bild zeigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung und studentische Hilfskräfte bei der Ausgabe von Informationsmaterial.

der Polizei in der Gesellschaft zu verändern, sei eine staatspolitische Aufgabe von großem Rang. Auch für den höheren Dienst, für die Führung müsse etwas getan werden. 7500 Stellen machten Jahresmehrkosten von einer halben Milliarde aus. Durch die Einheit, für die Bonn verantwortlich sei, seien die Schulden um 60 Prozent gestiegen. Städte und Kreise sollten auch Geschwindigkeitskontrollen mit mobilen Geräten durchführen. Für einen Polizeibeamten auf der Straße brauche man sechseinhalb Stellen wegen Schichtdienst, Krankheit. Daher seien zehn Beamte für eine Polizeiwaache die Mindestzahl, bei durchgehender Besetzung sei nicht unter 20 zu gehen. Eine besser qualifizierte Polizei, wie jetzt angestrebt, habe ihre Funktion draußen, um dem Bürger mehr Sicherheit zu geben.

Roland Appel (GRÜNE) trug Einzelheiten zum Fall des armenischen Dreijährigen vor. Die Parteien und die Öffentlichkeit müßten

wissen, welche Auswirkungen der Asylkompromiß habe. Zum Reformkonzept der Polizei gehöre die Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei. Die Kriminalisierung beim Drogenkonsum trage zu unnötiger Mehrarbeit der Polizei bei. Die Grünen beantragten, bei den Angestellten die Wiederbesetzungssperre aufzuheben, um die Beamten von Schreibearbeiten zu entlasten.

Heinz Paus (CDU) hielt die Kritik des SPD-Redners Frechen für zynisch. Zwischen dem Dreisäulenmodell des Innenministers und dem CDU-Modell gebe es nur Nuancen-Unterschiede. Ehrenamtliche Bürger-Mitarbeit verdiene keine Hämme, sondern Unterstützung. Das werde auch auf Bundesebene und in anderen Ländern so gesehen. Der Grünen-Redner habe den 10000fachen Mißbrauch des Asylrechts für illegale Zuwanderung und das Schlepper-Unwesen in Osteuropa verschwiegen. Das sei unverantwortlich.

Umwelt und Raumordnung

Die Bedeutung des Umweltschutzes auch als Wirtschaftsfaktor für den Standort Nordrhein-Westfalen wurde bei der Aussprache über den Einzelplan 10 des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft deutlich. Gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der Grünen wurde der Einzelplan mit den Stimmen der SPD-Mehrheit in zweiter Lesung angenommen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) bat den Umweltminister, er möge doch einmal deutlich machen, daß der Umweltschutz nicht nur eine Kostenbelastung für umweltintensive Produktionszweige sei. Er habe auch einen wachsenden Arbeitsmarkt mit der Chance geschaffen, Erträge aus einer Umweltschutzgüterindustrie zu erzielen und Arbeitsplätze zu schaffen. Umweltschutz sei also eine Chance für NRW, leider weitestgehend ungenutzt, so daß man in NRW nicht, wie immer behauptet werde, Spitzenpositionen bei umweltpolitischen oder wirtschaftlichen Erfolgen einnehme, sondern bei Arbeitslosenraten und der Pflege von wirtschaftlichen Monostrukturen.

Siegfried Jankowski (SPD) sagte, die derzeitige wirtschaftliche Situation sei gekennzeichnet von massiven konjunkturellen und strukturellen Einbrüchen. Auch die finanzielle Ausstattung des Einzelplans 10 sei davon nicht verschont worden. Das gelte im besonderen auch für NRW als Industrie- und Wirtschaftsraum in der Bundesrepublik. Deshalb brauche man einen Konsens über eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft als Grundlage eines zukunftsfähigen Wirtschafts- und Geschäftsmodells. Dabei müsse vor allem die Akzeptanz für industrielle und gewerbliche Aktivitäten verbessert werden.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) sagte zum Bereich der Altlasten, auch hier habe die Landesregierung trotz aller Broschüren, die sie dazu herausgegeben habe, bisher kein schlüssiges Konzept vorgelegt, wie sie denn den Altlastenberg abbauen wolle. Noch immer schlummerten über 17 000 altlastenverdächtige Flächen in NRW, von denen bisher lediglich rund zehn Prozent untersucht worden seien. Hierfür seien im Einzelplan 10 3,7 Millionen Mark vorgesehen. Er brauche wohl nicht zu erklären, was es bedeute, mit diesem Geld tatsächlich Altlasten zu sanieren.

Gerd Mai (GRÜNE) betonte, man wolle endlich die Einführung einer Abfallabgabe auf Gewerbe- und Sonderabfälle als ein marktwirtschaftlich orientiertes Lenkungsinstrument zur Abfallvermeidung. Da stehe NRW in der letzten Reihe. „Wir haben gehört, daß die Abfallabgabe, die auf Bundesebene geplant war, die ja immer das Argument war, warum wir das in Nordrhein-Westfalen nicht machen wollen, vom Tisch ist. Es wird sie in dieser Legislaturperiode nicht geben“, berichtete der Abgeordnete. Von daher sei es richtig, diese Abfallabgabe auf Länderebene umzusetzen.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) erklärte, wenn Frau Schraps sage, NRW habe keinen Spitzenplatz in der Umwelttechnologie, „dann glaube ich, sprechen wir von zwei verschiedenen Ländern“. Mittlerweile müßte sich auch bis in die CDU-Fraktion hinein herumgesprochen haben, daß



Zum siebten Mal ist der Ernst-Wilczok-Pokal nach einem Skatturnier im Landtag vergeben worden. Sieger wurde der F.D.P.-Abgeordnete Michael Ruppert (2. v.l.). Den zweiten Platz erreichte der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig (2. v.r.). Mitorganisatoren waren die SPD-Abgeordneten Ludgerus Hovest (l.) und Siegfried Jankowski (r.). An Startgeldern und Spenden aus den Fraktionen der SPD, F.D.P. und GRÜNEN brachte das Turnier 4 810 Mark ein. Mit der Summe soll auf Vorschlag der NRW-Staatskanzlei ein Projekt im Gaza-Streifen unterstützt werden, in dem Kinder bis zu fünf Jahren, die am Down-Syndrom erkrankt sind, betreut werden sollen. Nach Schätzungen leben rund 7 000 Kinder mit Down-Syndrom im Gaza-Streifen. Einige palästinensische Frauen haben in langjähriger Arbeit ein Hilfskonzept entwickelt, das 1994 umgesetzt werden soll.
Foto: Schüler

weltweit anerkannt werde: Nordrhein-Westfalen verbinde sich vor allem heute auch mit Spitzentechnologie aus dem Bereich des Umweltschutzes. Daß man diese führende Position erreicht habe, sei in erster Linie ein Verdienst innovativer Unternehmen, in zweiter Linie ein Verdienst von Innovation im Bereich Forschung und Entwicklung und drittens sicherlich auch ein Verdienst von ökologisch orientierten Umrüstungsprogrammen.

Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz

Zwei Änderungsanträge standen zur Abstimmung. Der CDU-Antrag „Naturnahe Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung“ sowie der Grünen-Antrag „Ökologischer Sonderfonds, Abfallvermeidung, Bodenschutz, Verwendung der Abfallabgabe“ wurden abgelehnt.

Heinrich Kruse (CDU) sagte, die Land- und Forstwirtschaft sei in diesem Lande sehr wichtig und müsse auch in diesem Landtag in NRW eine stärkere Berücksichtigung finden. Jahrelang habe Minister Matthiesen gegen CDU-Protest immer wieder die flächendeckende extensive Landwirtschaft mit entsprechender Ausgleichszahlung über direkten Einkommenstransfer durch den Staat gefordert. Im Januar habe Matthiesen dann sehr plötzlich und für alle überraschend die Kurve gekriegt und den Schwenk zur marktorientierten Landwirtschaft mit entsprechender staatlicher Begleitung gemacht. Die CDU müsse hier leider feststellen, daß diesen großen Worten im Zusammenhang mit dem Etatentwurf für 1994 keine Taten gefolgt seien.

Gunther Sieg (SPD) sprach den Bereich der Vermarktungsprogramme an. Der Titel enthalte immer noch 40 Millionen Mark. Das sei immer noch eine ganz beachtliche Summe. Wie erfolgreich man hier in Nordrhein-Westfalen gewesen sei, zeige, daß die Holländer,

die heute ihre Tomaten nicht mehr absetzen könnten, weil man wisse, wie sie sie herstellen, ihre Produkte in Kisten mit der Aufschrift „Hergestellt in Nordrhein-Westfalen“ verpackten, „um sie dann bei uns zu vermarkten“. Insofern wäre es sicher sinnvoll, über eine Kennzeichnung nachzudenken, aus der man ersehen könne, wo die entsprechenden landwirtschaftlichen Produkte hergestellt worden seien.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) erklärte zu den Förderpraktiken des Landes bei den Abwasserbeseitigungsmaßnahmen, hier stünden 300 Millionen Mark im Gemeindefinanzierungsgesetz als Investitionspauschale für die Abwasserbeseitigung, weitere zehn Millionen für die Gemeinden, die mit den Abwassergebühren erheblich über dem Landesdurchschnitt lägen. Das seien die Regionen Eifel, Oberbergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis. Man müsse sich in der Tat überlegen, was man tun könne, damit die Bürger dort bei den Abwasserbeseitigungskosten, die heute schon weit über 2 000 Mark lägen, nicht noch stärker gebeutelt würden.

Siegfried Martsch (GRÜNE) berichtete, für 1994 seien bei insgesamt 389 Millionen Mark 275 Millionen Mark für die direkte Unterstützung der Agrarwirtschaft vorgesehen. Damit liefen etwa 70 Prozent der nordrhein-westfälischen Mittel für den ländlichen Raum ungenutzt in die Unterstützung der europäischen Agrarpolitik. Das heiße also, daß alljährlich mit annähernd 300 Millionen Mark Agrarpolitik neben der ohnehin entwicklungsbestimmenden Preis- und Flächenprempolitik der EU gefördert werde und dies, ohne ein grundsätzlich anderes Ziel als die EU zu verfolgen. 300 Millionen Mark, die infolgedessen die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume schwächen und zerstören, nicht stärken, die Dörfer und Natur und Landschaft verfallen ließen.

Eckhard Uhlenberg (CDU) meinte, von dieser Sitzung des Landtages sollte ein deutliches Signal ausgehen, wie es mit der Frage

der Gewässerunterhaltung in NRW weitergehe. Das sei sowohl für das Jahr 1993 wichtig wie auch für das Jahr 1994. Es gebe im Moment Probleme mit der Finanzierung der Arbeit der Wasser- und Bodenverbände in den Kreisen. Nun sei wirklich klar, daß die Kosten der Wasser- und Bodenverbände in NRW erstattet würden. Denn es bestehe ein Rechtsanspruch der Wasser- und Bodenverbände und aller Beteiligten auf diese Mittel.

Johannes Gorlas (SPD) sagte zu Gesprächen mit Vertretern der Naturparke, daß in den wesentlichen Aufgabenbereichen keine Einschränkungen zu erwarten seien. Es sei allerdings ein anderes Problem deutlich geworden, daß ganz bestimmte Naturparke vom Regierungspräsidenten bei ihrer Antragstellung gesagt bekommen hätten, es seien keine Mittel da, obwohl nachweislich am Jahresende noch Überschüsse dagewesen seien. Man müsse vielleicht einmal über den Vollzug reden. Es könnte sein, daß auf der mittleren Ebene irgend etwas geklemmt habe.

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) sagte zu den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen, sie führten natürlich zu Einschnitten in den Haushalten. So schwer das angesichts der nicht leichten Situation für die Landwirtschaft und für die Landwirte auch sei, könne auch der Bereich Landwirtschaft von diesen notwendigen Sparmaßnahmen nicht ausgenommen werden. Deshalb habe natürlich auch der Agraretat des Landes, soweit er aufgrund der durchfließenden EG- und Bundesmittel überhaupt mit Landesmitteln bedient werden müsse, Kürzungen zu verzeichnen.

Gleichstellung von Frau und Mann

Der Haushalt der Frauenministerin mit einem Volumen von knapp 22 Millionen Mark wurde in zweiter Lesung mit einigen von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen höheren Ansätzen, wie vom Frauenausschuß empfohlen (Drs. 11/6411), angenommen.

Regina van Dinther (CDU) erklärte, im Ministerium mit Minizuständigkeiten täusche der Verweis auf die Querschnittsaufgaben nicht über die Ungleichverteilung hinweg. Positiv seien das 1994 geschlossene Netz der Frauenhäuser und die sicheren Personalkosten der Beratungsstellen. Verzichtbar seien 250 000 Mark für Öffentlichkeitsarbeit gegenüber nur 174 000 beim riesigen MAGS. Projekte zur Selbstbehauptung brauchten nicht mit Landesmitteln bezahlt zu werden. Tagesmütter eines Modells in Duisburg seien enttäuscht. Landesmittel für Tagesmütter seien nur ein Traum, für Schwangerschaftskonflikte nur Hoffnung.

Brigitte Speth (SPD) verteidigte Modelle als wichtige Aufgabe des Frauenministeriums. Das Modell ZWAR in Bottrop für Frauen zwischen Arbeit und Ruhestand laufe sehr gut. Fehler bei Tagesmütter-Projekten müßten korrigiert werden. Die hohe Priorität für Frauenpolitik sei auch an anderen Ressorts abzulesen, etwa beim Sport. Wichtig seien 25 000 Plätze im Kindergartenbereich 1994 sowie Anstrengungen bei Wohnungsbau und Altenpolitik. Geld im Ressorthaushalt für fünf weitere Frauenhäuser sei sehr positiv. Erstmals werde 1994 die Arbeit der Mütter-



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat den neuen griechischen Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Constantin Rhallis, bei seinem Antrittsbesuch im Landtag empfangen. Foto: Schüler

zentren und weiter das Frauenkulturbüro gefördert. Der SPD-Fraktion sei für eine zusätzliche Million für Frauen zu danken, ebenso dem Frauenausschuß für gute Zusammenarbeit.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) sagte in Vertretung von Ruth Witteler-Koch, die Hälfte aller Gesamtausgaben betrafen die Frauen, allerdings auch die Hälfte der Schulden. Die F.D.P. bleibe dabei, das Ministerium gehöre aufgelöst, da seine Aufgaben auch anderswo paßten. Den Bereich Kinder, Jugend, Familie aus dem MAGS herauszulösen, würde Sinn machen. So aber entstehe Doppelarbeit mit viel Symbolpolitik, die vor allem von linkeren und feministischen Kreisen wahrgenommen werde. Die § 218-Beratung werde 1995 anders zu veranschlagen sein.

Marianne Hürten (GRÜNE) bemängelte, der Haushalt der Gleichstellungsministerin sei nach der Staatskanzlei der mickrigste. Nach dem Durchrechnen aller Ressorts zeige sich, daß Frauen benachteiligt würden, obwohl sie bereits ärmer und abhängiger seien. Anerkennenswert sei die Funktion der Ministerin als gute Hausfrau mit knappen Mitteln. Ihr Beamtinnenteam spare 5 000 Mark für ein weiteres Telefon ein. Während Frauen etwas vom Munde absparten, gebe es Erbhöfe, auf denen Männer ungeniert fast alles zugesteckt werde, das Wirtschaftsmini-

sterium gehöre dazu. In der Staatskanzlei gebe es in der höchsten Besoldung überhaupt keine Frauen.

Ilse Ridder-Melchers, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann (SPD), betonte, zwar sinke ihr Gesamtetat, aber bei der aktiven Frauenförderung gebe es ein dickes Plus von sechs Prozent. Der Haushalt spiegle im übrigen nur einen kleinen Ausschnitt der Frauenpolitik wider. Sie sei froh über die zehn Millionen Mark für die Frauenhäuser. Die 400 000 Mark mehr für Frauenberatungsstellen seien wichtig. Die Modelle seien praxis- und umsetzungsorientiert. Laufendes solle aufgearbeitet und dann an Vereine und Schulen weitergegeben werden. Nicht vertretbar sei der Rückzug von Kommunen aus der Finanzierung von Pro Familia.

Wissenschaft und Forschung

Die Opposition hielt der Landesregierung die sinkenden Realausgaben im Hochschulbereich vor, während die SPD den eingeschlagenen Weg zu mehr Flexibilität, Wettbewerb und Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen (auch bei der Verwendung der bereitgestellten Mittel) verteidigte. Gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen wurde der Einzelplan 06 (Ministerium für Wissenschaft und Forschung) angenommen.

Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) stellte in Abrede, daß die SPD in der Bildung eine ihrer Prioritäten sehe: Die Fakten im Hochschulbau, in den Aufwendungen pro Studierenden oder beim BAföG sprächen dagegen. Sein Votum: „Der Haushalt Wissenschaft und Forschung entspricht in keinsten Weise dem, was die Landesregierung täglich propagiert und sowohl von der Wissenschaft als auch von der Forschung permanent einfordert.“

Rudolf Apostel (SPD) war ganz anderer Ansicht: „Der Haushalt für 1994 sichert und verbessert den Bestand und die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen durch die Bereitstellung der schon genannten 8,135 Mil-

Jens Feddersen verabschiedet

Der dienstälteste deutsche Chefredakteur ist von seiner Zeitung, der Neuen Rhein/Ruhrzeitung (NRZ), in Essen verabschiedet worden. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau sagte: „Feddersen ist eine journalistische Institution in Deutschland.“ Er habe nicht nur die NRZ geprägt, sondern in unverwechselbarer Sprache und unbestechlichem Urteilsvermögen ein Stück Zeitgeschichte mitgeschrieben.

tionen Mark und der 59 549 Stellen. Damit können alle begonnenen Entwicklungen fortgeführt werden.“ Die SPD sehe den notwendigen Strukturwandel an den Hochschulen hin zu mehr Eigenverantwortung und zu mehr Effizienz als die Zukunftsaufgabe der Wissenschaftspolitik an.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) machte darauf aufmerksam, seine Fraktion habe den Bereich Wissenschaft ganz bewußt bei ihren Vorschlägen zur „qualifizierten“ (und nicht globalen) Minderausgabe ausgespart: Nur so hätte man die Chance, verlorene Spielräume wiederzugewinnen. Wenn von der Mitverantwortung der Hochschulen geredet werde, dann müsse man in einer Zeit des knappen Geldes aufpassen, denn sonst würde leicht der Eindruck erweckt, als ob die Misere in der mangelnden Reformbereitschaft der Hochschulen liege und nicht an den Rahmenbedingungen.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) forderte, der Bund dürfe sich nicht aus seiner Verantwortung für den Hochschulbau stellen; das Land dürfe diese landespolitische Kernaufgabe nicht länger vernachlässigen. Als drittes müßten die Lehr- und Studienbedingungen reformiert werden. Eine gemeinsame Wissenschaftsfraktion gebe es erst dann wieder, wenn die Politiker „wissenschaftliche Überlegungen vor Operationen mit dem Taschenrechner“ stellen.

Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) machte auf die 2,9prozentige Ausgabensteigerung im kommenden Jahr aufmerksam; das sei angesichts der schwierigen Haushaltslage durchaus vertretbar: „Denn wir können im kommenden Jahr den Universitäten 3,5 und den Fachhochschulen 4,6 Prozent mehr zur Verfügung stellen.“ Alles in allem, wenn man die steigende Verschuldung und den steigenden Schuldendienst herausrechne, dann sei der Anteil des Wissenschaftsetats am Gesamthaushalt in den letzten Jahren sogar gestiegen.

Justizministerium

Auf fehlendes Personal und knappe Ausstattung haben Fraktionssprecher bei der Aussprache über den Einzelplan 04 des Justizministeriums hingewiesen. Justizminister Dr. Rolf Krumsiek nahm die Bediensteten in Schutz, die in schwieriger Zeit ihre Pflicht erfüllten. Der Einzelplan wurde in zweiter Lesung angenommen.

Dr. Rolf Hahn (CDU) betonte, das Vertrauen des Bürgers hänge nicht nur davon ab, ob er recht bekomme. Wer Jahre brauche, um seine Baugenehmigung für sein Haus einzuklagen, dem seien, wenn sie dann komme, die Preise davongelaufen. Oder der Angeklagte, der erst nach Jahren von einem ungerechtfertigten Verdacht freigesprochen werde, könne bis dahin Arbeit, Freunde und Familie verloren haben. Die Ursachen für diese unhaltbare Situation: zu wenig Personal im mittleren Dienst und im Schreibdienst, eine miserable Büroausstattung der Justiz und eine chaotische Organisation.

Manfred Ludwig Mayer (SPD) unterstrich, für eine sparsame Verwendung des für die Abschiebehaft in Betracht kommenden staatlichen personellen Potentials aus dem Bereich des Vollzuges von Straf- und Untersuchungshaft Sorge das vom Justizminister dieses Landes erstmals gewählte, inzwi-

schen bundesweit auf Interesse gestoßene Modell des Einsatzes von privaten Wachmannschaften im Rahmen der Abschiebehaft. Lediglich das hoheitliche Handeln während der Abschiebehaft müsse von Justizvollzugsbeamten wahrgenommen werden.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) sagte, seit geraumer Zeit sei die Frage der Umstellung der Mahnbescheide auf EDV ein großes Problem. Man erhalte Schreiben von Anwälten und Parteien aus dem ganzen Lande, daß es Wochen, ja Monate dauere, bis sich ein Mahnbescheid auf den Weg zum Schuldner mache. Dadurch entstünden auch große Verluste. Alle Versuche, das Justizministerium aufzufordern, sich doch einmal mit den Privaten zusammensetzen, die selbst ein Interesse daran hätten, daß das funktioniere, hätten nicht gefruchtet.

Roland Appel (GRÜNE) legte „den Finger auf die Tatsache“, daß der Strafvollzug nicht der richtige Ort sei, Drogenabhängigkeit zu behandeln. Man könnte wahrscheinlich 30 Prozent der Haftplätze räumen, 30 Prozent der Täter und 50 Prozent der Täterinnen entlassen, wenn die unsägliche Prohibition von Drogen endlich der Einsicht weichen würde, daß mit ihr Sucht in dieser Gesellschaft nicht zu bekämpfen sei. Hier gäbe es dringenden Handlungsbedarf für einen Justizminister zu Landesinitiativen im Bundesrat.

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) erklärte, er habe allen Grund, sich vor die Justiz zu stellen und den bediensteten Richtern, Staatsanwälten, Mitarbeitern und dem Vollzug, die in einer schwierigen Zeit ihre Aufgabe erfüllten, herzlich zu danken. Diesen Dank spreche er auch aus, weil er wisse, daß es für sie noch schwieriger werden werde, weil sie nämlich keine zusätzlichen Stellen bekämen und weil man unter Umständen mit noch weniger Geld auskommen müsse. „Wir versuchen ja, Teile zu privatisieren“, betonte der Minister.

Landesrechnungshof

Der Einzelplan 13 – Landesrechnungshof wurde ohne Aussprache einstimmig in zweiter Lesung angenommen.

Finanzministerium und Allgemeine Finanzverwaltung

Vor der zweiten Lesung der Finanzbereiche des Haushaltsentwurfes wurden Änderungsanträge der Grünen (Effizienzverbesserung der Arbeit der Finanzbeamten, Fortbildung Frauen der unteren Einkommen, Kürzung Öffentlichkeitsarbeit), der CDU (Sonderwohnungsbauprogramm, Nullrunde im öffentlichen Dienst) und der F.D.P. (Haushaltskonsolidierung) abgelehnt und anschließend der Gesamthaushalt an den Haushalts- und Finanzausschuß zur dritten Lesung rücküberwiesen.

Karl Meulenbergh (CDU) drückte Sorge über die öffentlichen Haushalte aller Ebenen aus. Vor 27 Jahren hätten die Sozialdemokraten mit acht Milliarden Mark Schulden begonnen, heute drückten 118 Milliarden den Finanzminister, obwohl es zweistellige Steuermehreinnahmen durch die neuen Länder gegeben habe. Bis 1997 solle die NRW-Gesamtverschuldung auf 140 Milliarden anwachsen. 13 Prozent von den Steuern würden durch Zinsen aufgefressen. Auf jedem

Bürger lasteten 6500 Mark Schulden. Die Misere sei hausgemacht. 50 Prozent der Einnahmen würden durch Personalkosten aufgezehrt. Der SPD sei für die Selbstdarstellung kein Opfer zu groß. Die CDU schlage eine differenzierte Nullrunde im öffentlichen Dienst vor. Von sicheren höheren Einkommen könne ein Opfer verlangt werden.

Heidi Berger (SPD) wies auf erhebliche Einsparungen hin, die den Ausgabenanstieg auf nur 2,8 Prozent begrenzten. Die SPD habe durch Umschichtungen in Höhe von 16 Millionen Mark wichtige Aufgaben bei Kindern, Jugend und Polizei verstärkt. Durch die von der CDU immer wieder geforderte Veräußerung von Landesbank-Anteilen solle der Landesregierung ein wichtiges Wirtschaftsinstrument aus der Hand geschlagen werden. Mit der Nullrunde wolle sie nur Öl ins Tarif-Feuer gießen. Mehr Eigenverantwortung der Exekutive als Grund für eine qualifizierte globale Minderausgabe sei gut. Aber die Ergänzungs-Einsparungen müßten erst einmal verkräftet werden. Unterlassungen bei der Bauunterhaltung führe zu kaum aufholbaren Rückständen.

Rudolf Wickel (F.D.P.) nannte horizontale und vertikale Fachbruderschaften zwischen Spiegelreferaten im Finanzministerium und Ressorts als Gründe für manche Ansätze im Haushalt. Verpflichtungsermächtigungen seien eine Zeitbombe für kommende Haushalte, denn sie legten nicht rückholbare Entscheidungen fest. Die F.D.P. wolle eine qualifizierte Minderausgabe, keinen Rasenmäher. Beim Verkauf von Landesbeteiligungen für Einnahmen von einer Milliarde Mark habe die F.D.P. die Anteile an der Pfandbriefanstalt, an Flughafen und Lufthansa, Messe und weiteres ausgeguckt. Die SPD lehne die rettende Hand gegen Überschuldung ab, daher stimme die F.D.P. gegen den Haushalt.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) beantragte 54 Millionen mehr für Personal zur Betriebsführung von Großunternehmen und 13 für dessen Fortbildung. Ein Steuerfahnder bringe 1,1 Millionen Mark netto in den Haushalt. Umgehung des Zinsabschlags sei Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Von der WestLB wollten die Grünen wenigstens ein faires Entgelt für Haftungskapital.

Marianne Hürlen (GRÜNE) forderte fünf Millionen Mark für die Fortbildung weiblicher Beschäftigter in unteren Einkommensgruppen, da eine nachhaltige mittelbare Diskriminierung drohe. Durch ADV würden immer weniger Schreibkräfte gebraucht. Frauentätigkeiten fielen ersatzlos weg.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) verzichtete unter Hinweis auf die dritte Lesung auf ausführliche Bemerkungen.

Berichtigung

Durch einen Übermittlungsfehler enthielt der Bericht über eine Haushaltsausschuß-Sitzung in der vorigen Ausgabe unzutreffende Angaben über die Leistungen des Landes an Personal in den neuen Bundesländern. Finanzminister Schleußer stellte auf Fragen nach Ministergehältern klar, daß an die Landeskasse von Brandenburg aus dem NRW-Haushalt die im Staatsvertrag vereinbarten Zulagen in Höhe von 1666 Mark pro Beschäftigten für zur Zeit rund 550 Bedienstete aus NRW, darunter zwei Minister, gezahlt werden.



Zur Schlußsitzung zur dritten Lesung des Haushalts am 10. Dezember waren nicht nur die ordentlichen, sondern auch einige stellvertretende SPD-Mitglieder des Finanzausschusses erschienen, v.l. Reinhold Trinius (SPD) neben Fraktionsreferent Jörg Hansen, Ernst-Martin Walsken, Heidi Berger, Gisela Meyer-Schiffer, Hermann Jansen, Robert Schumacher (stellvertretender Ausschußvorsitzender), Lothar Niggeloh, Ellen Werthmann; dahinter Günter Harms, Karl-Heinz Schnepel, Horst Henning.

In der Schlußsitzung am 10. Dezember nahm der Haushalts- und Finanzausschuß letzte Änderungen am Haushaltsentwurf vor der dritten Lesung im Plenum vor. Einstimmig wurde der Ausgleich für die Beschäftigung Schwerbehinderter entsperrt. Bei der haushaltstechnisch korrekten Veranschlagung von Mitteln aus dem Grundstücksfonds blieb der Grünen-Vertreter bei seinen Einwänden. Ausführlich erläuterte das Finanzministerium in einer schriftlichen Vorlage dem Ausschuß das Verfahren und stimmte

Schlußsitzung: Letzte Korrekturen

der Anregung der CDU zu, daß Vermerke über Rückflüsse entbehrlich seien, da die Bewirtschaftung der Landesentwicklungsgesellschaft übertragen worden sei und Einnahmen nicht zu erwarten seien. Der Ausschuß stimmte noch Mitteln für Aushilfs-

kräfte zur Arzneimittelüberwachung zu, die wegen des Blutplasma-Skandals angefordert werden mußten. Ein SPD-Vorschlag zur flexibleren Lehrerversorgung zwischen Grund- und Hauptschulen wurde einstimmig angenommen. Bei der nachgeordneten Bergverwaltung fallen 49 Stellen künftig weg. Den vom Finanzminister vorgeschlagenen Umschichtungen zur Verringerung der globalen Minderausgabe folgte der Ausschuß und stellte das Gesamtvolumen des Haushalts 1994 auf 82 811 542 500 Mark fest.

In der Aktuellen Viertelstunde äußerte sich Laurenz Meyer (CDU) irritiert über Äußerungen des Ministers. Im Parlament sei aus Rücksicht auf Unternehmen auf Stellungnahmen verzichtet worden, Einert habe sich dann jedoch öffentlich über Ärger mit Hermesbürgschaften geäußert. Hagen Tschoeltsch schloß sich an mit dem Hinweis auf mögliche Haushaltsrisiken bei Landesbürgschaften. Minister Günther Einert (SPD) machte auf die seit drei Jahren angewandten, vom Haushaltsausschuß gebilligten Bürgschaftsbedingungen für Exporte nach Osteuropa aufmerksam und erläuterte, bei Bergbauzulieferern aus NRW gebe es einen bedingten Regreßverzicht. An sich sei der polnische Bergbau ein Wachstumsmarkt und dessen Modernisierung in vollem Gange.

Nach ausführlicher Aussprache über Tourismus-Anträge der CDU und der SPD aus dem Jahr 1992 wurde die Abstimmung vertagt, um das Votum des Umweltausschusses abzuwarten. Obwohl die Anträge noch beraten würden, hätten sie bereits einiges bewirkt, stellte Bernd Poulheim (SPD) fest.

Zwei Neue im Ausschußdienst

Nach dem Weggang von Ausschußassistenten wurden zwei Stellen im Ausschußdienst der Landtagsverwaltung neu besetzt. Für Dr. Manfred Mai (Ausschuß Mensch und Technik) trat Mitte November die Duisburger Diplomsozialwissenschaftlerin Maria Anna Schmitz ihren Dienst an. Die Arbeit von Hans Lauf (Haushalts- und Finanzausschuß) versieht ab Mitte Dezember Oberamtsrätin Silvia Winands aus Berlin. Zusammen mit Heike Reinecke (Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie sowie Ausschuß für Frauenpolitik) sind nun drei der 15 Ausschußassistentenposten mit Frauen besetzt.

Jahresabschluß im Wirtschaftsausschuß mit CDU-Erfolg

Breite Mehrheit für Kraft-Wärme-Kopplung

In einer von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde ging es am 1. Dezember im Wirtschaftsausschuß um Landesbürgschaften für Exporte von Bergbauzulieferern. Auf der Tagesordnung der von Dr. Jürgen Schwericke (CDU) geleiteten Sitzung standen ferner Anträge von CDU und SPD zum Tourismus. Der CDU-Antrag „Rationelle Energienutzung durch Kraft-Wärme-Kopplung“ (Drs. 11/5638) wurde einmütig gegen die Stimme des Grünen-Vertreters angenommen. Dem Grünen-Antrag „Die Kollegscheule soll alle berufsbildenden Schulen ersetzen“ schlossen sich die drei anderen Fraktionen nicht an.

„Soviel Zentralismus wie nötig, soviel Regionalismus wie möglich“, meinte er im Hinblick auf unterschiedliche Gewichtungen der Fraktionen bei der NRW-Fremdenverkehrswerbung. Für ein Gütesiegel sollten die Verbände Vorschläge machen. Franz Skorzak (CDU) hielt den Tourismustag für eine gute Sache. Seiner Feststellung, der Tourismus sei die einzige Wachstumsbranche, widersprach Ernst-Otto Stüber (SPD) mit dem Hinweis auf Medien- und Kulturwirtschaft. Minister Einert sprach Besorgnis an über Auswirkungen der Bahn-Reform auf ländliche Regionen und kündigte einen Tourismusbericht im Frühjahr 1994 an. Dem CDU-Antrag „Rationelle Energienutzung durch Kraft-Wärme-Kopplung“ (Drs. 11/5638) stimmten SPD und F.D.P. zu. Die Landesregierung soll nun „im Rahmen des geplanten Umsetzungsberichts zum Klimabitrag“, so der Aktualisierungsvorschlag

der SPD, konkrete Einsatzmöglichkeiten energiesparsamer Technik aufzeigen. Kommunen sollen bei Neubausiedlungen mehr dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungen vorsehen. Neben Energieversorgungsunternehmen sollen auch Industrie- oder Gewerbebetriebe, Kommunen und Privatpersonen Kleinkraftwerke mit Abwärmenutzung bauen können. Diese über die Energiewirtschaft hinaus auch industriell und extern einschließlich des Einsatzes für die Zusatzstromversorgung zu nutzen, soll geprüft werden. Bei der Restmüllentsorgung sollen Müllverbrennungsanlagen als Systeme der Kraft-Wärme-Kopplung ausgelegt werden, wo immer dies wirtschaftlich vertretbar sei. Schon wegen des letzten Satzes lehnte der Grünen-Vertreter den Antrag ab und wies im übrigen auf den Entwurf eines Energiegesetzes und viel zu niedrige Fernwärmever-sorgung in NRW hin.



Wegen einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde im Plenum bestand die CDU-Riege im Haushaltsausschuß bei der Schlußsitzung zur dritten Lesung des Haushalts 1994, die am Rande des Plenums stattfand, nur aus (v.l.) Franz Riscop, Karl Wegener, Marianne Paus, Peter Bensmann neben Fraktionsreferent Rudolf Take, Karl Meulenbergh.

Fotos: Schüler

Informationsreise des Jugendausschusses in das Bundesland Sachsen

Dank zäher Arbeit ist Integration rechtsradikaler Jugendlicher geglückt

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie, unter Leitung seines Vorsitzenden Erich Heckelmann (SPD), hat sich vom 30. November bis zum 2. Dezember zu einem kurzen Informationsaufenthalt in Dresden aufgehalten. Grundlage dieser Reise war ein Besuch des Ausschusses im Herbst des Jahres 1991 in Potsdam. Damals konnte der Ausschuß feststellen, daß eine Zusammenarbeit der alten und neuen Bundesländer auf allen Ebenen weiterhin dringend notwendig ist. Vor diesem Hintergrund hat sich der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie entschlossen, über die Zusammenarbeit mit dem Partnerland Brandenburg hinaus auch Kontakt zu den für die Bereiche Kinder-, Jugend- und Familienpolitik zuständigen Landtagsausschüssen im Bundesland Sachsen aufzunehmen. Unter der Überschrift „Voraussetzungen, Problemstellungen und Perspektiven der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik“ standen auf dem Besuchsprogramm neben dem Austausch mit den Ausschüssen auch Besuche in einer Kindertageseinrichtung und einem Jugendclub sowie ein Gespräch mit dem Vorstand des Kinderschutzbundes Sachsen.

Im Bereich der Kinderbetreuung ist die Ausgangssituation in Sachsen — und vermutlich auch in den anderen neuen Bundesländern — ungleich günstiger: Bedingt durch den ideologischen Stellenwert der außerhäuslichen Erziehung in der früheren DDR verfügt Sachsen über eine hundertprozentige Bedarfsdeckung. Seit der Wende ist allerdings der Bedarf, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Möglichkeiten des Bundes- und Landeserziehungsgeldes, insbesondere bei den Krippen, rückläufig; Einrichtungen werden geschlossen oder in Kindertageseinrichtungen umgewandelt. Trotz oder vielleicht wegen der bereits realisierten völligen Bedarfsdeckung haben die sächsischen Gesetzgeber in ihrem Gesetz über Kindertageseinrichtungen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz festgeschrieben. Für die Stadt Dresden lautet das Angebot in Zahlen ausgedrückt: 257 Einrichtungen, davon 172 Kindergärten, mit insgesamt rund 23000 Plätzen. Zwischen Kindergarten und Krippe wurde früher auch verwaltungsmäßig streng getrennt. Diese Trennung beeinflusst heute den Weg zu altersgemischten Gruppen; diese werden zur Zeit noch eher skeptisch gesehen, aber aufgrund des geänderten Bedarfs langfristig realistischer werden. Bedauert wird, daß die Horte nach wie vor im Schulbereich angesiedelt und dadurch dem Einfluß der Jugendhilfeausschüsse entzogen sind.

Wie in fast allen Bereichen, hat sich auch für die Beschäftigten im Erziehungsbereich durch die Wende einiges verändert; so haben beispielsweise alle Erzieherinnen in der vom Ausschuß besuchten Einrichtung mittlerweile die notwendige formale Anerkennung nachgeholt. Begrüßt wurde, daß die einzelnen Erzieherinnen im Vergleich zu früher mehr Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten haben. Im Vergleich zu den alten Bundesländern ist die Fluktuation in diesem Beschäftigungsbereich geringer, die Verdauerdauer im Beruf deutlich länger. Nach Einschätzung der Erzieherinnen liegt dies daran, daß ein Ausstieg zu „DDR-Zeiten“ kaum möglich war und heute niemand freiwillig — mangels Alternative — seinen Arbeitsplatz aufgibt.

Von besonderem Interesse für den Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie war die Frage nach der Entwicklung einer breiten Trägerstruktur. Ein Drittel der Einrichtungen befand sich früher in der Trägerschaft von Betrieben; diese haben sich nach der

Wende vielfach aus der Finanzierung zurückgezogen. Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft waren eher die Ausnahme. Dies hat zur Folge, daß sich die überwiegende Zahl der Einrichtungen heute in öffentlicher Trägerschaft befindet. Allerdings werden die örtlichen Jugendämter mit dem Gesetz über Tageseinrichtungen verpflichtet, auf „ein durch eine Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Ausrichtung geprägtes Gesamtangebot an Kindertageseinrichtungen“ hinzuwirken. Dabei erweisen sich in der Praxis die in vielen Fällen notwendige Sanierung oder ungeklärte Eigentumsverhältnisse als erschwerend bei der Übergabe von Einrichtungen an freie Träger aus.

Personalschlüssel

In der vom Ausschuß besuchten Kindertagesstätte, einer kommunalen Einrichtung, ist Platz für 120 Kinder, davon 24 Krippenkinder. Neben den zwölf Erzieherinnen stehen acht weitere Mitarbeiter/innen als Wirtschafts- und technisches Personal zur Verfügung. Der gesetzlich verankerte Personalschlüssel lautet 1:6 in Krippen und 1:12 in Kindergärten. Die Elternbeiträge entsprechen im Höchstsatz für einen Krippenplatz 20 und für einen Kindergarten- oder Hortplatz 25 Prozent der durchschnittlichen Betriebskosten. In Zahlen: 242,30 Mark für einen Krippenplatz, 151,50 Mark für den Kindergarten und zwischen 72,75 Mark und 81,75 Mark — je nach Betreuungsdauer — für einen Hortplatz.

Besonderen Eindruck hat bei allen Reiseteilnehmerinnen und -teilnehmern der Besuch im Jugendclub „ESPE“ hinterlassen, vor allem durch das besondere Engagement der Clubleiterin Sabine Kurz. Wenig Verständnis konnte der Ausschuß daher dafür aufbringen, daß Frau Kurz, die seit acht Jahren eine überaus engagierte Arbeit leistet, bis 1995 den Nachweis einer sozialpädagogischen Ausbildung erbringen muß, einer Qualifikation, die es in der früheren DDR nicht gab. Der Jugendclub, eine kommunale Einrichtung, liegt im Dresdner Vorort Gorbitz, einem Neubaugebiet mit rund 43000 Einwohnern, davon 10000 Jugendliche. Mit der Wende sind in diesem Gebiet besondere soziale Probleme aufgetreten. In den Jahren 1991

und 1992 sorgte eine Gruppe von rund 150 rechtsextremen Jugendlichen für eine besondere Herausforderung an die Clubarbeit, aber schließlich auch für zusätzlichen sozialen Sprengstoff. Gegen den anfänglichen Widerstand der Bevölkerung und mit dem Risiko, die übrigen Jugendlichen nicht mehr erreichen zu können, ist es nach einem Jahr anstrengender Arbeit schließlich gelungen, einen Großteil der Jugendlichen zu integrieren. Frau Kurz hatte damals Gelegenheit, mit einer kleinen Gruppe von Jugendlichen an dem Projekt der Dresdner Ausländerbeauftragten in Israel teilzunehmen.

Seit Beginn dieses Jahres besucht eine „neue Generation“ Jugendlicher die Einrichtung, die starken sozialen Probleme sind allerdings gelieben. Als Stichworte nannte Sabine Kurz das Schuleschwänzen, das Ausreißen von zu Hause, Jugendkriminalität und schließlich Selbstmordversuche. Dies bedeutet für die Leiterin, daß sie sich regelmäßig um gefährdete Jugendliche besonders intensiv kümmert. Pro Tag besuchen zwischen 50 und 80 Jugendliche im Alter zwischen 13 und 20 Jahren die Einrichtung, am Wochenende sind es zuweilen bis zu 150 Jugendliche. Außer montags ist die Einrichtung ganztägig von 8 bis 23 Uhr, am Wochenende bis 1 Uhr geöffnet; neben der Leiterin stehen zwei weitere hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung. Die Angebote der Einrichtung reichen von Diskussions- und Kulturveranstaltungen über sportliche Veranstaltungen bis zur Discothek.

Im Mittelpunkt der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuß für Jugendbildung und Sport und dem Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Frauen des Sächsischen Landtags stand die Entwicklung einer freien Trägerschaft und des Landesjugendplans als Grundlage für die Jugendarbeit. Die Gesprächspartnerinnen und -partner wiesen darauf hin, daß der Aufbau von entsprechenden Strukturen in Konkurrenz zu den vielen anderen Aufgaben im wirtschaftlichen und infrastrukturellen Bereich steht. Mittlerweile sei es aber gelungen, zuverlässige Verbände zu installieren. Der Entstehungsprozeß werde aber entscheidend durch das Engagement einzelner beeinflusst, die Situation sei daher regional noch sehr unterschiedlich. Die Probleme beim Aufbau reichen von fehlenden Räumlichkeiten wegen ungeklärter Eigentumsverhältnisse bis zu Anlaufschwierigkeiten in der formalen Antragstellung auf Fördermittel. Diese Einschätzung wurde im übrigen vom Vorstand des Sächsischen Kinderschutzbundes bestätigt.

Eingeräumt wurde, daß der Landesjugendplan allein nicht ausreiche, weil über ihn nur in den Verbänden organisierte Zielgruppen erreicht werden könnten. Unterstützung erhofft man sich von der aus dem „Runden Tisch gegen Gewalt“ heraus gegründeten Jugendstiftung. Neben dem Vorsitzenden hatten auch die Vertreter der Fraktionen während des Aufenthaltes Gelegenheit, einer Sitzung dieses „Runden Tisches“, der auf die Initiative des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Erich Iltgen, zurückgeht, beizuwohnen. Nach Einschätzung der sächsischen Gesprächspartner hat der „Runde Tisch“ erreicht, daß das Thema „Gewalt und Rechtsextremismus“ fundierter und weniger parteipolitisch in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Ausländerrecht

Deutsch-Tunesier darf bleiben

Unter den vielen Ausländerangelegenheiten des Petitionsausschusses liegt fast jeder Fall anders, und manchmal kann durch eine Eingabe geholfen werden.

Ein heute 19 Jahre alter tunesischer Staatsbürger sollte nach Auffassung des zuständigen Ausländeramtes die Bundesrepublik verlassen. Bei der Nachprüfung stellte sich heraus, daß dieser junge Mann in einer nordrhein-westfälischen Stadt als zweiter Sohn tunesischer Eltern geboren worden ist. Er wuchs hier auf, ging in den Kindergarten und besuchte die deutsche Grundschule. Als er 9 Jahre alt war, kam es in der Ehe seiner Eltern zu Problemen. Dies führte dazu, daß die Mutter damals vorübergehend nach Tunesien zurückreiste. Dabei nahm sie den Petenten und dessen jüngeren Bruder mit. Der Vater verblieb in NRW und bemühte sich von hier aus um das Sorgerecht für seine Söhne. Dieses Sorgerecht erhielt aber zunächst die Mutter. Im Jahre 1987 wurde die Ehe der Eltern in Tunesien geschieden. Schon vorher war die Mutter wieder nach NRW zurückgekehrt, wo sie inzwischen mit einem anderen Mann lebt. Der Petent verblieb noch in Tunesien im Haushalt seiner Großeltern, die allerdings bald darauf verstorben sind. Jedes Jahr in den Schulferien kam er nach Deutschland und besuchte seinen Vater. Die Rückkehr nach Tunesien fiel ihm verständlicherweise schwer, vor allem seitdem die Großeltern nicht mehr lebten. So kam es, daß der Petent im Sommer 1990 nach einem Besuch nicht wieder nach Tunesien zurückgereist, sondern beim Vater verblieben ist, der inzwischen das Sorgerecht für ihn erhalten hatte. Beim zuständigen Ausländeramt stellte er den Antrag, ihm den weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet aus Gründen der Familienzusammenführung zu gestatten. Inzwischen besuchte er die Schule und holte die entsprechenden Abschlüsse nach. Auch knüpfte er Kontakte zu jungen Menschen seines Alters und integrierte sich wieder voll in die hiesigen Lebensverhältnisse. Groß war die Bestürzung, als das zuständige Ausländeramt Ende 1991 den Petenten aufforderte, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen. Dabei hielt sich die Behörde ganz eng an die Vorschriften des Ausländergesetzes. Der Petitionsausschuß nahm, vertreten durch seine Berichterstatterin, diesen Fall zum Anlaß, die Einzelheiten nochmals unter Beteiligung der zuständigen Ausländerbehörde, des Innenministeriums und des Petenten selbst zu hinterfragen. Aufgrund des Sachverhalts regte der Ausschuß schließlich an, den Fall nochmals unter Berücksichtigung der Härtefallgesichtspunkte des Ausländergesetzes zu überprüfen. Danach kann dem Familienangehörigen eines Ausländers dann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn es zur Vermeidung einer außergewöhnlichen Härte erforderlich ist. Da der Sohn im Jahre 1990 allerdings nur aufgrund eines inzwischen abgelaufenen Besuchervisums in die Bundesrepublik eingereist ist, muß er nunmehr zunächst einmal zurück in sein Heimatland reisen und dort bei der Deutschen Botschaft ein Visum beantragen. Diese Bedingung kann ihm aus Präzedenzfallgründen nicht erspart werden.

NRW fördert Rohstoff Wissen

Im Wirtschaftsausschuß und im Ausschuß „Mensch und Technik“ galt im Rahmen der Haushaltsberatungen besonderes Augenmerk der Technologieförderung als Teil der Struktur- und Industriepolitik. Beiden Ausschüssen berichtete das Wirtschaftsministerium (Vorlagen 11/2431 und 11/2492). Zur dritten Lesung des Haushalts 1994 nahm der Landtag einen SPD-Antrag an, in dem die Landesregierung ersucht wird, eine Bilanz nach zehn Jahren „Sozialverträgliche Technikgestaltung“ zu ziehen und das auslaufende SoTech-Programm neu aufzulegen.

Die Technologieförderung sei in NRW, so berichtet das Wirtschaftsministerium, integraler Bestandteil der sozialverträglichen Erneuerung. Branchenübergreifend und landesweit gehe es dabei um: Stärkung der Wirtschaft im Wettbewerb, Sicherung von Arbeitsplätzen, Entlastung der Umwelt, Verhindern sozialer Brüche.

Bisher seien über 1600 Technologieprojekte unterstützt und dadurch über 6400 Arbeitsplätze neu geschaffen sowie 84600 gesichert worden. Zur Zeit seien 43 Technologiezentren in Betrieb, in denen junge Technologieunternehmen betreut würden. 31 spezialisierte und hochqualifizierte Forschungs-

und Entwicklungszentren stünden kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung. 26 Technologieagenturen organisierten Beratung und Qualifizierung, Beispiele: Patent- und Innovationsagentur (PINA) Dortmund, Anwenderzentrum Mikroelektronik Duisburg, Design-Zentrum Essen, Fuzzy-Initiative, Neuroinformatik, SofTech.

Seit dem Haushaltsjahr 1993 sind die Technologieprogramme mit einheitlichen Richtlinien zusammengefaßt. Die Zuschußförderung wurde durch zinsverbilligte Darlehen ergänzt. Für 1994 sind für das Technologieprogramm Wirtschaft 120 Millionen Mark veranschlagt.

Glosse:

„Tauben-Regulanz“

Durch den Bericht des Abgeordneten Karl Nagel über die geschlechtsneutrale Borkener Hundesteuer-Satzung im Ausschuß für Frauenpolitik waren „Landtag intern“ weitere Sprachzeugnisse für den bürokratischen Umgang zwischen Mensch und Tier aufgefallen. Aus Platzgründen mußte der Bericht in der vorigen Ausgabe geteilt werden, nachstehend die Fortsetzung zur „Taubenregulanz“. Zunächst hatte ein Verwaltungsjurist festgestellt: „Stadttauben sind entflozene Haustauben und damit herrenlos. Sie sind freilebend, aber nicht wildlebend“, und dürften daher nicht wie Jagdwild abgeschossen werden.

Aber: Tauben tragen zur Verbreitung von Ornithose, Salmonellose, Kryptokokkose, Paramyxovirose, Pseudotuberkulose, Vogelgrippe, Listeriose und Röteln bei. Außerdem kann ihr Federn- und Kotstaub

Allergien hervorrufen. „Jahresbezogen beträgt der durchschnittliche Kotanfall einer Taube 10 bis 12 Kilogramm Naßkot oder 2,5 Kilogramm Trockenkot.“ Dieser werde an Brut- und Futterplätzen abgesetzt, aber auch „als Angst- und Schreckkot“ im Fluge abgeworfen. Äußerst aggressiv wirkt der hohe Harnsäureanteil. Er führt zu Gebäudeschäden, zerstört Denkmäler und erregt bei Menschen Ekel durch die Entwicklung von Gerüchen.“

„Taubenregulanz“ ist daher nach dem Seuchengesetz und als Schädlingsbekämpfung erlaubt. „Taubenvergiften im Park“ und die „Taubenpille“ verstoßen aber gegen das Tierschutzgesetz. Fütterungsverbote müssen beachtet werden, auch wenn „unter sozialen Aspekten die Taubenfütterung bei einigen Menschen einen Beitrag zur Kompensierung von Einsamkeit leistet“. Organisiertes Füttern durch Tiereschützer wiederum bedeutet das Aneignen zivilrechtlich herrenloser Tiere mit Haftungsfolgen. Der „Besitzwille“ wird auch durch das Herumfliegen der Tiere nicht geschmälert. Ach ja? mmm



Eitel Kreide (5. v.l.), Geschäftsführender Direktor der Landesverkehrswacht NRW, wird nach Erreichen der Altersgrenze zum Jahresende 1993 aus dem Dienst ausscheiden. Zu seiner offiziellen Verabschiedung am 7. Dezember waren auch die Verkehrspolitikern aller im Landtag vertretenen Fraktionen erschienen. Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses Hans Jaax (SPD) würdigte die vielfältigen Verdienste von Kreide um die Verkehrssicherheit in NRW und dankte ihm für jahrelange Zusammenarbeit mit den Landespolitikern und für sein großes Engagement (v.r.: Karl-Ernst Strothmann, CDU, Heini Hunger, SPD, Günter Langen und Gerhard Wächter, beide CDU, Karl Böse, SPD, Eitel Kreide, Hans Jaax, Ausschußvorsitzender, Heinz-Dieter Moritz, Manfred Hemmer, alle SPD).

Rückblick 1993

Land setzt Hoffnung auf Medien

Gegenüber dem Jahr 1992 hat der nordrhein-westfälische Landtag 1993 ein größeres parlamentarisches Arbeitspensum bewältigt. Mit dem Haushalts- sowie dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1994 wurden allein 21 Gesetze in diesem Jahr verabschiedet. Das sind fünf mehr als im Vorjahr. Der Zahl von 44 behandelten Gesetzentwürfen im Jahr 1992 stehen 50 in diesem Jahr gegenüber. Das geht aus der Arbeitsbilanz über die Aktivitäten des Landtags Nordrhein-Westfalen im Jahr 1993 hervor, die Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe vorgelegt hat. Der Stand der Statistik ist der 1. Dezember. Danach fanden insgesamt 34 Plenarsitzungen statt. 501 Kleine und Mündliche Anfragen der Abgeordneten wurden registriert. Damit setzte sich die bereits in den Vorjahren zu beobachtende fallende Tendenz fort. Elf Große Anfragen gelangten in die Debatte. 140 Anträge, 59 Entschließungsanträge sowie 36 Änderungsanträge verzeichnet die Statistik. In 22 Aktuellen Stunden beriet das Parlament eine Fülle von Themen, angefangen von Gewalt an den Schulen bis hin zu Dioxingefahr und Arbeitsplatzexport, 279 Ausschusssitzungen fanden statt, davon 27 öffentliche Anhörungen. 4500 Petitionen wurden bearbeitet. Über die wichtigsten Punkte der Landtagsarbeit gibt der Rückblick in Auszügen Auskunft.

14. Januar

Der Hauptausschuß nahm den Verfassungsbericht entgegen. Sein Tenor: Das Jahr 1992 war gekennzeichnet von einer Welle der Brutalität gegenüber Ausländern. 1264 rechtsextremistische Ausschreitungen hatten die Verfassungsschützer in zwölf Monaten registriert.

14. Januar

Der Haushalts- und Finanzausschuß besuchte die Landeszentralbank (LZB). Die Finanzexperten aus dem Landtag ließen sich über Chancen der Regionalbörsen am Finanzplatz Deutschland im Europäischen Binnenmarkt nach der Gründung der Deutschen Börse AG in Frankfurt informieren.

27. Januar

Auf zwölf Jahre der Diktatur, der Willkür, der Unmenschlichkeit und des Terrors wies Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe in einer Erklärung zur Machtergreifung der Nationalsozialisten vor 60 Jahren hin. Im Plenum des Landtags stellte die Präsidentin fest: „Die NS-Diktatur war kein bloßer Betriebsunfall; sie war eine Katastrophe.“

27. Januar

In einer Regierungserklärung zur Situation der Stahlindustrie ging der Wirtschaftsminister auf die tiefe Krise dieser Branche ein. Minister Günther Einert appellierte an die Stahlunternehmen, in dieser bedrohlichen Situation die Stahlarbeiter und ihre Familien nicht im Stich zu lassen.

27. Januar

Der Landtag beschloß, einen neuen Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform zu bestellen. Die Zahl der Mitglieder wurde entsprechend einer Empfehlung des Ältestenrates auf elf festgelegt. Sechs Mitglieder gehören der SPD, drei der CDU sowie je ein Mitglied der F.D.P. und den Grünen an.

29. Januar

Die Gewalt eskaliert an den Schulen. Das wurde bei der Debatte im Rahmen einer Aktuellen Stunde zu Gewalttätigkeiten im schulischen Bereich deutlich. Die Opposition hielt dem Kultusminister vor, er verhandle das Problem. Minister Hans Schwier (SPD) konterte, Gewalt gehe nicht

von der Schule aus, sondern sei ein gesamtgesellschaftliches Problem.

3. Februar

Männer sind im Sport und in den Sportorganisationen und dort vor allem auf den Führungsebenen immer noch dominant. Frauen haben es viel schwerer. Zu diesem Ergebnis kam ein Hearing des Sportausschusses und des Ausschusses für Frauenpolitik zum Thema „Frauen und Sport“.

5. Februar

Zu Entscheidungen des Bundesrates nahm die Bevollmächtigte des Landes NRW beim Bund, Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski, im Hauptausschuß Stellung. Sie berichtete über Ergänzungen des Grundgesetzes, die auf Vorschläge der Gemeinsamen Verfassungskommission zurückgingen.

10. Februar

Um wirksame Konzepte zur Bekämpfung der Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, um verbesserte Wohnraumsicherung vor Ort, um sozialen Wohnungsbau und Ent-rümpelung der Landesbauordnung ging es bei einer Aktuellen Stunde zum Zusammenhang zwischen aktueller Wohnungsbaupolitik und ständig zunehmender Obdachlosigkeit.

3. März

Wie ein roter Faden zog sich das Thema Gewalt durch die politische Arbeit im Landtag. Bei einer Anhörung des Hauptausschusses zu Gewalt im Fernsehen erläuterten Experten, daß gerade Kinder auf brutale Szenen mit hoher Erregung und fliegendem Puls reagierten.

10. März

Die Sicherung des Montanstandortes Deutschland und die Schaffung neuer Arbeitsplätze beschäftigte erneut das Parlament. Angesichts der Stilllegung des Stahlwerkes Rheinhausen wurde das Bemühen um Lösungen in der Krise deutlich. Es gab auch Stimmen, die davor warnten, nun in Schwarzmalerei zu verfallen.

24. März

Politiker aus allen Parteien beklagten in

einer Aktuellen Stunde den starken Anstieg der Kriminalität in Nordrhein-Westfalen. Dissens gab es indessen bei der Beantwortung der Frage, in welchem Maß Ausländer an dieser Entwicklung beteiligt seien.

25. März

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe gab im Plenum eine Erklärung ab. Sie sagte in ihrem Aufruf: „Die Volksvertretung Nordrhein-Westfalen ruft zur sofortigen Beendigung aller Kriegshandlungen und zur Einhaltung der Menschenrechte im ehemaligen Jugoslawien auf.“ Es gehe um das Schicksal der Menschen, ihre Rechte und um das Zusammenleben in einem künftigen Europa, schloß die Präsidentin.

25. März

Der Landtag widmete sich erneut dem Thema Schulzeitverkürzung. Die Schulzeit auf zwölf Jahre zu straffen, forderten CDU und F.D.P. in einem Antrag. SPD und Grüne hingegen vermuteten, es gehe mehr um Kürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre.

22. April

Der Weg Jugendlicher in den Rechtsextremismus werde durch alltägliche Gewaltakzeptanz vorbereitet. Das war einer der Leitsätze bei einer Anhörung des Hauptausschusses zum Rechtsextremismus. Die Gewalt selbst wurde auch als eine „unorganisierte soziale Revolte“ gekennzeichnet.

5. Mai

Die Verkehrspolitik aller Fraktionen waren sich bei einer Debatte über Bahnstruktur-Reform und Regionalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs sowie des Schienenpersonennahverkehrs einig, einer Regionalisierung nur zustimmen zu können, wenn die neuen Träger — Regionen, Kommunen und Kreise — einen dynamisierten Finanzausgleich erhielten.

25. Mai

Die Gentechnik als neue Schlüsseltechnologie stand im Brennpunkt des Themas der Woche. In den Beiträgen der Fraktionen zu „Wort und Widerwort“ reichte die Spannweite vom Aufruf, Skepsis zu überbrücken, bis zu krasser Ablehnung von Erleichterungen bei der Anwendung der Gentechnik.

27. Mai

Auf die anwachsende Bedeutung des ökologischen Landbaus machten die SPD und Grüne bei der Aussprache über Förderungsmaßnahmen aufmerksam. Gleichzeitig wurde in CDU- und F.D.P.-Reihen die Warnung laut, den konventionellen Landbau nicht mit Schreckensbildern zu versehen. Auch gegen Subventionen kamen Einwände.

28. Mai

Der Landtag beschloß gegen die Opposition das Wahlrechtsänderungsgesetz. Danach können Gemeinderäte und Kreistage freiwillig verkleinert werden. Außerdem wurden die Wahlumschläge bei der Urnenwahl abgeschafft.

28. Mai

Nicht nur Branchen, auch das Theater in Nordrhein-Westfalen zeigte Krisenanfälligkeit. Der Landtag befaßte sich deshalb mit einer möglichen Neustrukturierung der Theaterlandschaft. Einig waren sich die Fraktionen, daß eine Expertenkommission Auswege aufzeigen soll.

23. Juni

Übereinstimmend riefen die vier Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und GRÜNEN nach einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thema „Ausländer in Deutschland“ dazu auf, jede Form von Ausländerhaß und rechtsextremer Gewalt entschieden zu bekämpfen. Die Meinungen gingen allerdings auseinander, was die Einführung einer doppelten Staatsangehörigkeit für lange in Deutschland lebende Ausländer betraf. Regierungschef Johannes Rau (SPD) sagte: „Wir müssen die bei uns lebenden Ausländer in unsere Mitte nehmen.“

23. Juni

Gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen nahm der Landtag in dritter Lesung die Novelle hochschulrechtlicher Vorschriften an. An den Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen wurde damit ab Beginn des Wintersemesters die Regelstudienzeit bindend. Gesetzlich geregelt wurde ferner, daß Studenten, die frühzeitig ins Examen gehen, einen Freiversuch bekommen.

2. September

Über technische Neuentwicklungen im Medienbereich informierte sich der Hauptausschuß auf der Funkausstellung in Berlin. Gleichzeitig stattete der Ausschuß dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB) mit Standort Babelsberg einen Besuch ab.

6. September

Gegen Kürzungen beim Sportunterricht sprachen sich Experten in einer Anhörung des Sportausschusses aus. Liesel Westermann-Krieg, Olympiamedailengewinnerin im Dikuswerfen, verwies darauf, daß Leistung stärke und dazu noch Spaß mache.

9. September

Ziel müsse es bleiben, das Vertrauen in die Solidität und Verlässlichkeit der deutschen Haushalts- und Finanzpolitik zurückzugewinnen, betonte der nordrhein-westfälische Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) bei der Einbringung des Landeshaushalts 1994. Auf die schwierige Lage der Kommunen ging Innenminister Dr. Herbert Schnoor bei der Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes ein.

14. September

Bis nach Schweden zu der 16jährigen Ewa Börjesson aus Varberg ist ein Luftballon geflogen, den Markus Potyka aus Remscheid auf dem Kindertag 1993 des Landtags Nordrhein-Westfalen losgeschickt hatte. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe lud die beiden Gewinner des Luftballonwettbewerbes nach Düsseldorf ein.

14. September

Als erstes Landesparlament stellte der Landtag Nordrhein-Westfalen seine Auf-

gaben, Zusammensetzung, Organisation und Arbeitsweise in einer zusammenfassenden Darstellung der Öffentlichkeit in einem Buch vor. Er folgte damit dem Beispiel des Deutschen Bundestages.

15. September

Kritik am Haushaltsentwurf 1994 wurde bei der ersten Lesung deutlich. Die Oppositionsfraktionen gaben dabei unterschiedliche Gründe für ihre Positionen an. CDU und F.D.P. klagten über mangelnden Sparwillen des SPD-Regierungslagers. Die Grünen bemängelten Kürzungen beim Sozialetat.

15. September

In zweiter Lesung nahm der Landtag eine Novelle zum Juristenausbildungsgesetz an. Danach wird das Jurastudium in Nordrhein-Westfalen kürzer und schlanker.

15. September

Der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform unter dem Vorsitz von Ulrich Schmidt (SPD) faßte die Gutachterergebnisse zur Untersuchung verschiedener Bereiche der Landesverwaltung zusammen. Die Folgerung: Optimierung der Verwaltung heißt, mit weniger Personal das gleiche Ziel erreichen.

Solidität

20. September

Die jugendliche Mehrheit im Land Nordrhein-Westfalen ist pro Ausländer und contra jegliche Gewalt, auch im Fernsehen. Das wurde im Plenum der Kinder im Landesparlament aus Anlaß des Weltkindertages 1993 deutlich.

23. September

Die faire Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn müsse in einem „Berlin-Bonn-Gesetz“ geregelt werden, und die Ausgleichsleistungen des Bundes seien in einer Vereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Region vertraglich festzulegen. Diese Forderung wurde von der Landesregierung im Hauptausschuß artikuliert.

29. September

Einen Tag lang ließ sich der Unterausschuß Europapolitik des Hauptausschusses über Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes auf das Land an Rhein und Ruhr informieren. Klagen wurden nur über den Zahlungsverkehr laut.

30. September

Auch der Tourismus ist für Nordrhein-Westfalen ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor. Experten gaben dazu bei einem Hearing des Wirtschaftsausschusses ihre Meinung wieder.

6. Oktober

Auf die Gefahren durch den Beschäftigungsabbau bei der Ruhrkohle wies Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in einer Regierungserklärung zur Kohlepolitischen Situation hin.

7. Oktober

Wegen seiner Dioxinpolitik geriet der Umweltminister im Plenum in die Schußlinie der drei Oppositionsfraktionen. Sie warfen Klaus Matthiesen (SPD) vor, er habe extrem hohen Ausstoß des krebserregenden Giftes der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund verharmlost.

12. Oktober

Wegen der herausragenden Bedeutung für die Geschichte des größten Bundeslandes und seines Parlaments sowie aus Gründen des Denkmalschutzes empfahl der Kulturausschuß einstimmig dem Landtag, sich dafür einzusetzen, das ehemalige Ständehaus und Landtagsgebäude in Düsseldorf mit multifunktionaler Verwendung als Haus der Landesgeschichte zu nutzen.

18. Oktober

Aufklärung über das Vorgehen der Landesregierung sowie der Landesbehörden im Dioxinfall „Westfalenhütte“ in Dortmund verlangten die Fraktionen von CDU, F.D.P. und GRÜNE bei einer Sondersitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung.

3. November

Wegen der von der Landesregierung verweigerten Akteneinsicht forderten die Oppositionsfraktionen bei einer Sondersitzung des Landtags die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. In einer Regierungserklärung zum Dioxinminderungsprogramm wies Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) Vorwürfe zurück.

11. November

Die nordrhein-westfälische Hochschul- und Forschungspolitik stand im Mittelpunkt einer Regierungserklärung, die Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) vor dem Landtag abgab. Alle waren sich einig, daß die Hochschulen mehr Geld brauchen.

11. November

Der Landtag hat auf Antrag der Oppositionsfraktionen den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II eingesetzt. Er soll „alle Umstände der Handlungsweise des Umweltministers Matthiesen und aller Beteiligten im Zusammenhang mit der außergewöhnlichen Dioxinmission der Westfalenhütte und der Emissionen im Umfeld aufklären“. Ausschußvorsitzende wurde Maria-Theresia Opladen (CDU).

8. und 9. Dezember

Der Landtag beriet in zweiter Lesung das Haushaltsgesetz 1994 sowie das „Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1994 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag der Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1994“.

15. Dezember

Nach einer Generaldebatte verabschiedete der Landtag in dritter Lesung das Haushaltsgesetz 1994, die Mittelfristige Finanzplanung des Landes für die Jahre 1993 bis 1997 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 1994.

SPD-Fraktion

Lokalfunk hat sich bewährt – Verbesserungen sind möglich

Das nordrhein-westfälische Zwei-Säulen-Modell hat sich bewährt, aber Verbesserungen sind möglich. Das ist das Fazit eines Lokalfunkforums, zu dem die SPD-Landtagsfraktion in den Landtag eingeladen hatte. Teilnehmer waren Redakteure, Mitglieder von Radiowerkstätten, Bürgerfunkgruppen, Betriebsgesellschaften, Veranstaltungsgemeinschaften, aber auch die Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen als Aufsichtsbehörde und „Radio NRW“, von dem das Rahmenprogramm für alle Lokalra-

dios produziert wird. Beklagt wurden Reingungsverluste bei der Kompetenzabgrenzung der einzelnen Beteiligten. Hier wurde von Chefredakteuren, die eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Redaktion und Verwaltung einnehmen, auf eine genauere Ausgestaltung ihrer Befugnisse gedrängt. Manche Veranstaltergemeinschaften mahnten mehr Haushaltstransparenz bei den Betriebsgesellschaften an. Alle Gruppen regten an, die von der Landesanstalt für Rundfunk durchgeführten Kommunikations- und Fortbildungsveranstaltungen auszubauen, um das Gefälle zwischen journalistischen Profis und Laien zu verringern. Es zeigte sich auch, daß die Situation bei den Lokalradios nicht überall gleich ist, und die Radios ihr individuelles Profil entwickeln. Reges Interesse fand die Veranstaltung bei den Bürgerfunkgruppen, denen nach dem

Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen 15 Prozent der täglichen Sendezeit der lokalen Radios zur Eigengestaltung zur Verfügung steht. „Ein Beweis dafür, daß der lokale Rundfunk als Forum für den Bürger angenommen wird“, stellte der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Büsow, fest. Seine persönliche Bewertung: „Die Veranstaltung hat mir gezeigt, daß der lokale Rundfunk sich insgesamt in guter Verfassung befindet. Besonders positiv muß die Tatsache gewertet werden, daß alle Beteiligten – von den Bürgerfunkgruppen bis zu den Zeitungsverlegern – hinter dem Modell ‚Lokalradio Nordrhein-Westfalen‘ stehen. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß kein Anlaß zu einer Novellierung des Landesrundfunkgesetzes besteht. Die auftretenden Probleme können mit Bordmitteln behoben werden.“

CDU-Fraktion

CDU warnt vor ungeprüfter Endlagerung in Bergwerken

Umweltschäden befürchtet die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Annemarie Schraps, im Fall einer ungeprüften Endlagerung von Abfällen und Sondermüll in deutschen Bergwerken. Eine solche Deposition sei zwar grundsätzlich ein akzeptabler Weg, doch müßten dabei immer die hohen Standards des bundesdeutschen Abfallrechts ohne Abstriche auch bei der Sicherheitsbeurteilung zur Anwendung kommen. Ob dies in NRW der Fall sei, müsse jetzt

geprüft werden, denn das Bergrecht kenne nicht die hohen Sicherheitsanforderungen, wie sie z. B. in der TA-Sonderabfall oder der TA-Siedlungsabfall festgeschrieben seien. „Was möglicherweise heute verschluppt wird, kann sich zur Altlast von morgen und in wenigen Jahren zur Umweltbelastung des Grundwassers entwickeln. Daher darf einer ungeprüften Sonderabfallablagerung auf keinen Fall Tür und Tor geöffnet werden“, so die CDU-Politikerin.

Nach deutschem Bergrecht ist es bisher erlaubt, bergbaufremde Reststoffe/Abfälle im Wege des sogenannten Bergversatzes unter Tage zu verpressen. Auf diesem Wege wurden 1992 in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1,13 Millionen Tonnen bergbaufremde Reststoffe/Abfälle in Bergwerken eingebracht. Allerdings hatte jetzt das Umweltbundesamt

vor einer unkontrollierten Endlagerung gewarnt. Dr. Schraps: „Dieser Entsorgungsweg hat zwar zu einem starken Rückgang des Sonderabfallaufkommens in Nordrhein-Westfalen geführt, wobei auch der Tatsache Rechnung getragen werden muß, daß Sonderabfälle aus Nordrhein-Westfalen nach wie vor legal oder illegal ins Ausland exportiert oder auch offensichtlich in Industrieanlagen mit verbrannt werden. Doch welchen Preis würden wir in einigen Jahren dafür bezahlen, wenn unter Tage irreparable Altlasten entstehen würden?“ In einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung will sie namens der CDU-Landtagsfraktion u. a. wissen, in welchen Bergwerken welche Arten von bergbaufremden Reststoffen und Abfällen verpreßt werden und ob den hohen Sicherheitsstandards nach bundesdeutschem Abfallrecht immer Sorge getragen wird.

F.D.P.-Fraktion

Subventionen sind nicht der richtige Weg!

Subventionen sind nicht der richtige Weg! Dies ist der Leitsatz eines von der F.D.P.-Landtagsfraktion gestellten Antrags im Landtag von Nordrhein-Westfalen zur gegenwärtigen Krise in der Stahlindustrie. Verschärft wird diese Krise dadurch, daß einzelne EG-Mitgliedsländer ihre unrentablen Stahlunternehmen hemmungslos subventionieren, was zu gravierenden Wettbewerbsnachteilen der

ausschließlich privatwirtschaftlich geführten deutschen Stahlunternehmen führt.

Die rechtswidrigen nationalen Subventionspraktiken verhindern den marktwirtschaftlich gebotenen Kapazitätsabbau der europäischen Stahlindustrie und gefährden die nicht subventionierten deutschen Stahlunternehmen existentiell.

Den aufkeimenden Bemühungen der SPD, auch die deutschen Stahlunternehmen zu subventionieren, ist die F.D.P.-Landtagsfraktion mit ihrem Antrag entgegengetreten.

In ihrem ordnungspolitisch konsequenten Antrag fordert die F.D.P.-Landtagsfraktion die Bundesregierung und die Landesregierung auf,

- sich grundsätzlich gegen Subventionen in allen Ländern und allen Wirtschaftsbereichen auszusprechen, besonders aber
- auf Dauersubventionen abzielenden Unternehmenskonzepten zu widersprechen und nur
- konsequent marktwirtschaftliche Konzepte und Maßnahmen zu verfolgen.

Es gibt keine guten und bösen Subventionen, sondern nur marktwidrige und wettbewerbsverzerrende Subventionen. Dies ist das Fazit der F.D.P.-Landtagsfraktion.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Kältetod von Obdachlosen ohne Debatte im Landtag

Mindestens zehn Obdachlose sind aufgrund des plötzlichen Kälteeinbruchs in Nordrhein-Westfalen erfroren. Dennoch zeigte die Mehrheit des Landtages keine Bereitschaft, über Sofortmaßnahmen zur Lösung dieses Problems zu debattieren. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte für die Plenarwoche im Dezember eine Aktuelle Stunde zum Thema „Kältetod von Obdachlosen verhindern – öffentliche Gebäude öffnen“ beantragt. Der Ältestenrat lehnte den Antrag ab und schlug statt dessen

vor, das Thema in einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales noch vor Weihnachten zu behandeln. Im Ausschuß selbst lehnten SPD, CDU und F.D.P. die Einberufung einer Sondersitzung ab und vertagten das Thema auf die nächste reguläre Sitzung, die erst am 12. Januar 1994 stattfinden wird. Schon vorher fand ein von den Grünen vorgelegtes „Sofortprogramm zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit“ im Ausschuß keine Mehrheit. Damit, so die wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion, Gisela Nacken, läßt die SPD-Fraktion und die Landesregierung „die Kommunen in ihren Bemühungen im Stich, kurz- und langfristige Hilfen anzubieten“.

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Michael Vesper, macht sich das Land der unterlassenen Hilfeleistung schuldig, wenn kostenneutrale

Soforthilfen für die vom Kältetod bedrohten Obdachlosen verweigert werden. Zu diesen niedrigschwelligen Maßnahmen gehört das Öffnen von öffentlichen Einrichtungen (zum Beispiel Bahnhöfe). Vesper: „Wenn es nicht möglich ist, den Kältetod von mindestens zehn Menschen, der durch einfache Hilfeleistung hätte verhindert werden können, im Landtag zu diskutieren, dann zeigt das, wie wenig der Landtag bereit ist, sich solcher sozialer Themen anzunehmen. Statt dessen debattierte er die Demonstrationen von Landwirten an der deutsch-niederländischen Grenze. Besonders schlimm waren die Argumente, mit denen einige Landtagsmitglieder sich dem Thema verweigerten: Der Winter komme schließlich jedes Jahr, der Wetterbericht verspreche wärmeres Wetter, Kältetode von Obdachlosen habe es schon immer gegeben.“



Ihren 75. Geburtstag hat die ehemalige nordrhein-westfälische Justizministerin Inge Donnep (l.) am 13. Dezember begangen. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe gratulierte. Rechts der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Lukas Schaa. Foto: Schüler

Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen von 1947 bis 1990

Der Band 6 der Schriftenreihe des Landtags Nordrhein-Westfalen mit dem Titel „Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen von 1947 bis 1990“ ist erschienen. Er kann über das Referat Öffentlichkeitsarbeit des Landesparlaments kostenlos bezogen werden. Herausgeberin des Buches ist Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe. Der Band zeigt auf, daß am Anfang KPD und Zentrum noch wichtige Komponenten der Landespolitik gewesen sind, daß die beiden großen Kontrahenten SPD und CDU immer noch das parlamentarische Geschehen in NRW beherrschen und wann F.D.P. und Grüne im Landtag Fuß faßten. Er gibt ferner Auskunft über Wählerbewegungen und politische Personen.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 3. Februar 1994, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 23 03,
884 23 04 und 884 25 45, btx: *568 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD),
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU),
Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.),
Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE),
Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD),
Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU),
Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.),
Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE),
Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Die Urteile schwanken. Den einen gilt Wolfgang Clement als arrogant, superehrgeizig, verbissen, karrierebewußt und überaus fleißig, ein „Workaholic“ mit Symptomen, wie sie Drogensüchtigen eigen. Andere halten den Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei für einen kompetenten Antreiber, überlegenen, ideenreichen Planer und Administrator, loyalen Kompagnon seines Regierungschefs Johannes Rau, einen stets zugänglichen Nothelfer ohne Eigennutz. Und vor allem für einen charmanten Partner. Clements öffentliches Bild schillert. Aus der alten Bergbaustadt Bochum gebürtig: Ein Kumpel ist er — und doch wieder nicht.

Wolfgang Clement wurde am 7. Juli 1940 geboren, ist katholisch, glücklich verheiratet und Vater von fünf Töchtern. Abitur 1960 am renommierten Graf-Engelbert-Gymnasium. Jurastudium, Semestervolontariat bei der Westfälischen Rundschau, wissenschaftlicher Assistent in Marburg, dann Redakteur und bis 1981 Stellvertretender Chefredakteur der Westfälischen Rundschau. Bis ihn Willy Brandt als Sprecher der SPD nach Bonn holte.

Das, und zuletzt stellvertretender Bundesgeschäftsführer der SPD, blieb er bis zum November 1986. Damals schmiß er hin, als die SPD in Hamburg eine schwere Niederlage erlitten hatte. Clement signalisierte damit, daß der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, Johannes Rau, dem er sich seit Jahren eng verbunden fühlt und für den er früher auch schon mal beim Abfassen von Regierungserklärungen befaßt war, keine Siechancen habe. Es folgte ein Um- und Rückstiege in den Journalismus, zur Hamburger Morgenpost, deren Ruf Clement in knapp zwei Jahren Tätigkeit als Chefredakteur bundesweit zu mehreren wußte, freilich mit mäßigem Erfolg in der Auflage.

Im Januar 1989 holte ihn Rau zurück in die Politik und machte ihn in Düsseldorf zum Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei. Clement, Kenner der nordrhein-westfälischen Polit-Szene, reüssierte rasch. Die FDP lobte ihn als willkommenen Quereinsteiger. Und auch die CDU mochte ihm ihren Respekt nicht verweigern. Zumal Clement, der Jogger, im langen Einheits-Verhandlungsmarathon mit dem Bonner Unions-Fraktionschef Schäuble 1990 die Interessen von NRW und der Länder erfolgreich vertrat.

Der Respekt, den sich der Sozi Clement dabei selbst bei dem damals noch übermächtigen Helmut Kohl erworben hatte, aber auch die Distanz, zu der Clement trotz allen Lobes nüchtern fähig ist, spiegelt eine ebenso ironische wie wahre Anekdote wider: Kohl, beeindruckt von seiner Verhandlungsführung und Beharrlichkeit, lud ihn ein, wenn er mal einen Job suche, zu ihm zu kommen. Darauf Clement: „Noch so ein Angebot, und ich bin kaputt.“

Dazu ist es nicht gekommen. Clement ist seit der Landtagswahl 1990 Minister. Und gilt als einer der Rau-Kronprinzen. Vor allem aus eigenem Verdienst. Der rastlose



Wolfgang Clement (SPD)

Rau-Freund hat wesentlich dafür gesorgt, daß der Hochtemperatur-Reaktor von Hamm-Uentrop stillgelegt wurde — NRW vorn beim Ausstieg aus der Atomkraft. Clement war es auch, der den Aufstieg von NRW zu einer der ersten Adressen auf dem Welt-Medienatlas auslöste.

Und er organisierte, diesmal im Widerstreit mit seinem einstigen Einheits-Zwilling Schäuble, sehr subtil, ohne den Vorwurf zu riskieren, ein opponierender vaterlandsloser Geselle zu sein, den Bonner Widerstand gegen die Berliner Hauptstadt-Allmachtvisionen und -ambitionen. Sein Engagement für das darabende Rumänien, die Rückkehr von Sinti und Roma nach Makedonien, für Hilfe in Osteuropa insgesamt hat ihm viel Lob (auch nicht wenig Kritik) eingetragen. Die westrumänische Stadt Timisoara hat ihn zum Ehrenbürger ernannt.

„Sein bester Mann“ (Kohl vor seiner Absage an den von ihm ursprünglich selbst gewünschten Präsidentschaftskandidaten Rau) mischt längst auch kräftig innerparteilich mit. Schon früh hat er erkannt, daß es weniger auf die derzeit machtlose SPD-Fraktion im Bundestag ankomme, vielmehr sei die SPD-Macht im Bundesrat eine „politische Mehrheit“, mithin ein „wesentlicher Bestandteil der Politik in der Bundesrepublik“. Das sei die „beste Chance, um auch in Bonn wieder an die Macht zu kommen“. Das war 1991, nach dem Sieg Scharpings in Rheinland-Pfalz — ein vorausschauendes Urteil.

Inzwischen hat sich die Lage für die Sozialdemokraten verbessert. Johannes Rau könnte davon am 23. Mai 1994 profitieren, wenn der nächste Bundespräsident gewählt wird. Und einer, der wiederum dabei gewinnen könnte, wäre Wolfgang Clement. Denn seit dem 6. Oktober 1993 gehört er dem Landtag an und erfüllt damit wie der mögliche Rivale Klaus Matthiesen, Raus Umweltminister, die Verfassungsvorschrift, daß Regierungschef in NRW nur sein kann, wer dem Parlament angehört.

Bernd Kieffner

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 22. Dezember 1993 bis 17. Januar 1994

22. 12. **Horst-Dieter Vöge** (SPD), 46 J.
 24. 12. **Hans Frey** (SPD), 44 J.
 25. 12. **Heinz Wirtz** (SPD), 50 J.
 28. 12. **Rüdiger Goldmann** (CDU), 52 J.
 28. 12. **Karl van Hall** (CDU), 67 J.
 28. 12. **Marita Rauterkus** (SPD), 51 J.
 29. 12. **Bodo Champignon** (SPD), 52 J.
 30. 12. **Klaus-Dieter Völker** (CDU), 56 J.
 30. 12. **Walter Grevener** (SPD), 63 J.
 31. 12. **Jürgen Schaufuß** (SPD), 53 J.
5. 1. **Roland Appel** (GRÜNE), 40 J.
 6. 1. **Wolfgang Jaeger** (CDU), 59 J.
 13. 1. **Leonhard Kuckart** (CDU), 62 J.
 13. 1. **Robert Schumacher** (SPD), 58 J.
 13. 1. **Anne Garbe** (SPD), 49 J.
 13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 54 J.
 14. 1. **Dr. Reiner Klimke** (CDU), 58 J.
 16. 1. **Dr. h.c. Johannes Rau** (SPD), 63 J.
 16. 1. **Georg Gregull** (CDU), 62 J.
 17. 1. **Bernd Flessenkemper** (SPD), 44 J.

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist von der SPD offiziell zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten nominiert worden. SPD-Fraktionsgeschäftsführer **Dr. Peter Struck** übergab Bundestagspräsidentin Professor **Dr. Rita Süsmuth** gemäß dem Protokoll für die Wahl des Staatsoberhauptes ein gemeinsames Schreiben des SPD-Vorsitzenden **Rudolf Scharping** sowie des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, **Hans-Ulrich Klose**.

★

Heinrich Meyers (CDU), Landtagsabgeordneter, ist auf Vorschlag der Fraktionen von CDU und SPD vom Landtag in einer Nachwahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I gewählt worden. Meyers wurde damit Nachfolger des bisherigen Mitglieds **Maria Theresia Opladen** (CDU). Frau Opladen hatte in der Zwischenzeit den Vorsitz des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II übernommen. Neben Meyers wurde der SPD-Abgeordnete **Walter Grevener** für den Abgeordneten **Stefan Frechen** (SPD) als ordentliches Mitglied gewählt. Als stellvertretende Mitglieder wählte der Landtag Maria Theresia Opladen sowie den SPD-Abgeordneten **Dietrich Kessel**.

★

Hans Peter Lindlar (CDU), Landtagsabgeordneter aus Hennef, ist von der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) mit dem drittbesten Stimmresultat zu einem der sechs stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. In der KPV sind rund 75 000 Mitglieder der Stadt- und Gemeinderäte und Kreistage aller 16 Bundesländer organisiert. Mit der Aufgabe des Vorsitzenden wurde erneut der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, **Dr. Horst Waffenschmidt** (MdB), aus Waldbröl betraut.

★

Dr. Herbert Schnoor (SPD), nordrhein-westfälischer Innenminister, hat den Behinderten-Preis der Dänischen Gesellschaft für Muskelkranke erhalten. Schnoor wurde in Düsseldorf für Verdienste seines Ministeriums um die Aufnahme von 27 Muskelkran-



Weihnachten in der Karibik

Weihnachten in der Karibik! Auch in diesem Jahr nutzen wieder viele Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens die Weihnachtsferien, um sich einen Traum wahr zu machen, oder einfach nur, um den Unbillen mitteleuropäischer Witterung im Winter zu entfliehen. Von dieser Entwicklung profitieren die großen Airports des Landes, die konträr zur allgemeinen Krisensituation auf ein alles in allem gutes Jahr 1993 zurückblicken können. Der Aufwärtstrend bei den Passagierzahlen und Flugzeugbewegungen setzte sich an den internationalen Verkehrsflughäfen in der Region weiter fort. Sowohl im Linien- als auch im Charterflugverkehr konnte der Flughafen Düsseldorf in den ersten neun Monaten des Jahres 1993 einen Anstieg verzeichnen, und die Flughafen-GmbH Köln/Bonn meldet sogar ein Rekordergebnis. Den starken Zuwachs im Linienverkehr führt die Flughafen-GmbH Düsseldorf auf die Konjunkturschwäche zurück: Sowohl die angespannte wirtschaftliche Lage als auch die Öffnung des Europäischen Binnenmarktes führten zu einem Konkurrenzkampf im Luftverkehr, der sich vor allem in preiswerten Flugtickets niederschlug. Beim Luftfrachtverkehr registriert vor allem der Köln/Bonner Flughafen eine steigende Tendenz. Um das künftige Verkehrsaufkommen zu bewältigen, weitet die Flughafen Köln/Bonn GmbH ihre Bautätigkeit aus. Auch die Baumaßnahmen zum passiven Lärmschutz werden weiter fortgeführt. Der Flughafen Köln/Bonn trägt seit kurzem den Namen einer bedeutenden Persönlichkeit. Er heißt jetzt „Flughafen Köln/Bonn — Konrad Adenauer“. Nach der Familie des ehemaligen Bundeskanzlers und den Städten Köln und Bonn hat auch die Gesellschafterversammlung der Zusatzbenennung zugestimmt. — Das Bild zeigt den Flugsteig B des Rhein-Ruhr Flughafens Düsseldorf in der Dämmerung.

Foto: Vogelsang/FDG

ken aus Sarajevo geehrt. Die dänische Vereinigung vergab erstmals einen Preis ins Ausland.

★

Heinz Werner Meyer, ehemaliger SPD-Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag und heute Vorsitzender des Deut-

schen Gewerkschaftsbundes, will im Juni 1994 erneut für dieses Amt kandidieren. Meyer entschloß sich zur Kandidatur, um die Reform des DGB umsetzen zu können. Er wird damit voraussichtlich gegen die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ursula Engelen-Kefer** antreten.